Macht Arbeit frei?

Ein Versuch über den Wert der Erwerbsarbeit

Oliver Kloss



Skulptur „Macht Arbeit frei?“
von Yigal Tumarkin im Abu Nabut Park in Tel Aviv-Yaffo

Macht Arbeit frei?

Ein Versuch über den Wert der Erwerbsarbeit

Oliver Kloss

2001 ◆ http://www.otium-bremen.de/texte/kloss.pdf

Macht Arbeit frei?

Ein Versuch über den Wert der Erwerbsarbeit

„Die Lobredner der Arbeit. — Bei der Verherrlichung der ‚Arbeit', bei dem unermüdlichen Reden vom ‚Segen der Arbeit' sehe ich denselben Hintergedanken, wie bei dem Lobe der gemeinnützigen unpersönlichen Handlungen: den der Furcht vor dem Individuellen. Im Grunde fühlt man jetzt, beim Anblick der Arbeit – man meint immer dabei jene harte Arbeit von früh bis spät –, dass eine solche Arbeit die beste Polizei ist, dass sie Jeden im Zaume hält und die Entwicklung der Vernunft, der Begehrlichkeit, des Unabhängigkeitsgelüstes kräftig zu hindern versteht. […] So wird eine Gesellschaft, in welcher fortwährend hart gearbeitet wird, mehr Sicherheit haben: und die Sicherheit betet man jetzt als oberste Gottheit an. – Und nun! Entsetzen! Gerade der ‚Arbeiter' ist g e f ä h r l i c h geworden! Es wimmelt von ‚gefährlichen Individuen'! Und hinter ihnen die Gefahr der Gefahren – d a s individuum!"[1] *Friedrich Nietzsche – 1881*

„Die Arbeit zum Oberbegriff menschlicher Betätigung zu machen, ist eine asketische Ideologie […]"[2] *Max Horkheimer – 1934*

Die erste Fassung dieses Textes erschien unter gleichem Titel in:
Bernd Gehrke/ Wolfgang Rüddenklau (Hrsg.): Das war doch nicht unsere Alternative. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, 1999, ISBN 3-89691-466-9, S. 362–383.
Vorliegende Textfassung steht seit Anfang 2001 im Internet unter:
http://www.otium-bremen.de/texte/kloss.pdf.
Für die Aufnahme in die Autorenliste zwischen Kleist und Knigge danke ich dem Bremer Verein
Otium e. V. – Initiative zur Rehabilitierung von Muße und Müßiggang.
Einerseits hat der Text eine erfreuliche Resonanz erfahren, andererseits hat die politische Gefährdung des Kapitalismus durch die Konter-Reformen und deren weitere Entwertung von Arbeit zugenommen.
Inzwischen ist der Text auch Zeitdokument: Er ist Jahre älter als jene für die SPD und ihre einst größte Errungenschaft, den bundesdeutschen Sozialstaat, katastrophale Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur „Agenda 2010" (14. März 2003). Das Ziel, einen wachsenden Niedriglohn-Sektor mit Massenverarmung zu schaffen, wie es heute durch die Hartz-Gesetze verwirklicht ist, war dereinst von rechten Sozialdemokraten noch nicht offen ausgesprochen worden. Der allgemeine Arbeitszwang ohne Zumutbarkeitsgrenzen für Erwerbslose war noch nicht zu befürchten, weder waren die Enteignung abhängig Beschäftigter von Versicherungsrechten oder die Senkung der Arbeitslosenhilfe unter Sozialhilfe-Niveau noch die folgenden massiven Mitglieder- und Stimmenverluste für die SPD absehbar.
– Das hat mich nun im Jahre 2010 bewogen, den Text nur bezüglich der einzigen Reform, die zumindest für die Kinder seither eine Verbesserung gebracht hat, der letzten Rechtschreibreform, zu überarbeiten.

[1] Nietzsche, Friedrich: Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden. Hrsg. Giorgio Colli/ Mazzino Montinari, dtv/ de Gruyter, München/ Berlin/ New York, 1988, [Fortan: KSA – Aus Texten Nietzsches werden sowohl die Schreibweise aus der Zeit vor der zweiten deutschen Rechtschreibreform von 1901 wie eventuelle Hervorhebungen in die Zitate übernommen.] KSA 3, S. 154 (Morgenröthe. Gedanken über die moralischen Vorurtheile, Drittes Buch, Art. 173).

[2] Regius, Heinrich [Pseudonym von Max Horkheimer]: Dämmerung. Notizen in Deutschland, Oprecht & Helbling, Zürich, 1934, S. 181.

Bedrohlich erheben sich klagende Stimmen und künden apokalyptisch: Der Gesellschaft geht die Arbeit aus! – Aber es kommt keine helle Freude auf. Was ist geschehen?

Die Menschen spielten nicht Lotterie, wenn allein in der Erwerbsarbeit sie Erfüllung fänden. Wo sind sie, die das Dolcefarniente und das Dolce vita zu schätzen verstehen? – Jahrtausende galt die Arbeit[3] als von der Not erzwungene Mühsal. In der Bibel ist die Arbeit der Fluch Gottes, der quälend auf den aus dem Paradiese Vertriebenen lastet. Im griechischen Mythos sandte Zeus, um die Menschen für den von Prometheus begangenen Raub des Feuers zu strafen, die reizvolle Pandora. Aus ihrer Büchse kamen alle Übel außer der Hoffnung über die Menschen, darunter die Krankheiten und die beschwerliche Arbeit.

Gewiss kannte das Altertum auch Tätigkeiten, die sich nicht der Not und dem Zwang schuldeten, doch galten diese weder als Sklaven- noch als Lohnarbeit. Der Muße und Feier gewogen, wurde solches Tun in der Antike klar von der Arbeit getrennt.

1. Mono- und polyzentrische Herrschaft im Altertum und der Wert der Arbeit

Mit machtvollen Monumentalbauten, deren Bau sie staatlich organisierten[4], schmücken sich monozentrische Despotien. Wo Gottkönige wie Cheops und Chephren sich eine Totenstätte errichteten, galt das Leben der Fronarbeiter und Sklaven wenig. Sklaven drohte die Kürzung der Wasserration, Meuterer wurden gepfählt. Etwa fünf Millionen Menschen sollen in der zweiten Hälfte des dritten Jahrtausends v. u. Z. ihr Leben bei der Bauarbeit an den beiden Pyramiden verloren haben. *„Nicht von ungefähr bedeutet die Hieroglyphe für ‚Pyramide' gleichzeitig auch ‚Leichenberg'."*[5]

Wo jedoch die aristokratischen und demokratischen Kräfte es dem Staate versagten, unkontrollierte Macht über die Gesellschaft auszuüben, wie z. B. in Griechenland und

---

[3] *„Arbeit"*, mittelhochdeutsch *„arebeit"*, stand für Not und Mühsal. Im Russischen leitet sich *„rabot"* von *„rab"*, dem Sklaven, her; auch der Begriff *„Roboter"* wurde nach dieser Wurzel gebildet.

[4] Vgl. Wittfogel, Karl August: Die Orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht. Kiepenheuer & Witsch, Berlin/ Köln, [Erstauflage in den USA 1957] 1962, S. 70–84.

[5] Sträuli, Robert: „Wie teuer waren die Pyramiden?", in: Museion 2000. Spezial I (1996), Zürich, ABZ, S. 6–15, S. 11.

Rom vor den Eroberungen Alexanders[6], vermochte sogar das Sklavendasein Freuden zu bieten.

Zu keiner Zeit wurde so viel gefeiert, war der Müßiggang so ausschweifend, wie in Rom um die Zeitenwende vor 2000 Jahren.

> *„In der Tat verfügte der Römer, gleichgültig welchen Standes, über sehr viel Freizeit, in der Regel nämlich 17 oder 18 Stunden pro Tag. Da es zusätzlich eine schier unglaubliche Anzahl Festtage in Rom gab, lag die durchschnittliche Arbeitszeit in der Woche deutlich unter 30 Stunden, also weit unter dem, was heute in den Industriestaaten gearbeitet und als nicht zu unterschreitendes Mindestmaß angenommen wird."*[7]

Fast 200 Tage pro Jahr waren auch für Sklaven arbeitsfrei und dienten dem Vergnügen.

> *„Trotz dieser ‚Freizeitmöglichkeiten' gedieh die römische Wirtschaft gerade in dieser Epoche kurz vor und nach dem Jahre 0. Das ‚Bruttosozialprodukt' lag respektabel hoch. Immer wieder überraschend und willkürlich wurden Feiertage eingeschoben, an denen man Volksbelustigungen veranstaltete."*[8]

In allen Zeiten gab es jedoch eine Minderheit, die ihr Einkommen dem dankte, was sie ohnehin mit Vergnügen erfüllte. Sie war *„fast ausschließlich in den freien Berufen, bei Gelehrten oder in der Politik zu finden […] So mochte sich Plinius der Ältere kaum in seiner Schreib- und Gedankenarbeit einschränken."*[9]

2. Arbeitsmoral – die Religion des Kapitalismus?

Erst in der Reformation wurde die Not der Arbeit allgemein zur Tugend gewendet, die Arbeit mit einer religiösen Gloriole umwölbt.[10] Kaum waren die Gläubigen dem katholischen Kontrollsystem der individuellen Gewissensbeichte entronnen, sollte die Arbeit den Kontrollverlust kompensieren.

---

[6] Vgl. Wittfogel, Karl August: Die orientalische Despotie, a. a. O., S. 268–273.

[7] Altendorf, Wolfgang: „35-Stunden-Woche. Bereits in der Antike ein alter Hut", in: Das Parlament Nr. 13, 20. März 1992, S. 21.

[8] Ebenda.

[9] Ebenda.

[10] Im Christentum genoss die Arbeit zwar schon vor der Reformation Wertschätzung, doch blieb die moralische Überhöhung mit den asketischen Idealen des Mönchtums verbunden und gewann kaum allgemeine Bedeutung.

Der Adel enthielt sich der Tugenden der Bürger und Bauern. Die Edlen wussten ihr Otium weiterhin zu schätzen.

Mit dem Siege des Kapitalismus und der repräsentativen Demokratie büßte die religiöse Moral ihre Bindekraft ein. Karl Marx fasste den Prozess des Wertewandels 1848 im *„Kommunistischen Manifest",* die Permanenz bürgerlicher Revolution preisend, emphatisch in die Worte:

> *„Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. […] Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen."*[11]

Nüchternen Auges blickte Marx auf die Arbeit und sah sie als Notdurft, als Existenzbedingung des Menschen im Prozess zwischen Mensch und Natur. Die Arbeitsmittel galten ihm als Gradmesser der Entwicklung menschlicher Arbeitskraft zum Zwecke der Naturbeherrschung. Der Kampf der Arbeiter um Verkürzung der Arbeitszeit findet ausführliche Würdigung im *„Kapital"*[12]. Nach revolutionärer Überwindung des Kapitalismus glaubte Marx unter der Herrschaft der Produzenten ein Ende der Lohnarbeit vollbracht:

> *„Einmal die Arbeit emanzipiert, so wird jeder Mensch ein Arbeiter, und produktive Arbeit hört auf, eine Klasseneigenschaft zu sein."*[13]

Ernüchterten Auges blickte Marx` Schwiegersohn, der französische Sozialist Paul Lafargue, auf die zurückgewandte Forderung der Pariser Februar-Revolution von 1848. Die Arbeiter hatten ein *„Recht auf Arbeit"* proklamiert. Lafargue setzte diesem 1880 sein *„Recht auf Faulheit"* als humorvolle Widerlegung entgegen.

Ihm ging es nicht um die *„Emanzipation der Arbeit",* sondern um die weitgehende Befreiung aller Menschen von der Arbeit. Das Werk hebt mit den Worten an:

> *„Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder, in denen die kapitalistische Zivilisation herrscht. Diese Sucht, die Einzel- und Massenelend zur Folge hat, quält die traurige Menschheit seit zwei Jahrhunderten. Diese Sucht ist die Liebe zur Arbeit […]. Statt gegen diese geistige Verirrung*

---

[11] Marx, Karl: Kommunistisches Manifest, in: Karl Marx /Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. I, Dietz, Berlin (Ost) 1971, S. 29.

[12] Vgl. Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Dietz, Berlin (Ost), I. Bd., 8. Kapitel, Unterpunkte 8. 6 und 8. 7, S. 294 ff.

[13] Marx, Karl: Der Bürgerkrieg in Frankreich. In: Marx-Engels-Werke (MEW), Dietz, Berlin (Ost), 1956-1989, Bd. 17, S. 342.

anzukämpfen, haben die Priester, die Ökonomen und die Moralisten die Arbeit heilig gesprochen. […] schwache und unwürdige Geschöpfe, haben das, was ihr Gott verflucht hat, wiederum zu Ehren zu bringen gesucht."[14]

Lafargue stellt Fragen anhaltender Aktualität:

„Und zur selben Zeit, wo […] die Produktivität der Maschine von Tag zu Tag wächst, wollen uns die Ökonomen […] die Religion der Enthaltsamkeit und das Dogma der Arbeit predigen?"[15]

Das *„Dogma der Arbeit",* flankiert von der *„Religion der Enthaltsamkeit"* für die unteren Klassen, wird angesichts steigender Produktivität als die Ideologie eines konservativen Bürgertums entlarvt. Es hat seine revolutionäre Phase hinter sich gelassen und verteidigt nun seinerseits mittels Religion seinen Status in der strategischen Situation der Gesellschaft. Die Verinnerlichung des *„Rechtes auf Arbeit"* führt die Arbeiter in die Sklavenmoral[16], die vom Ressentiment getrieben auf Rache sinnt:

„Das Proletariat proklamierte die Parole: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen." „Die Proletarier haben sich in den Kopf gesetzt, den Kapitalisten zehn Stunden Schmiede oder Raffinerie aufzuerlegen – das ist der große Fehler, die Ursache der sozialen Gegensätze und der Bürgerkriege. Nicht auferlegen, verbieten muss man die Arbeit."[17]

Lafargues großmütige Alternative:

„Einmal überzeugt, dass man ihnen durchaus nichts Übles antun, sondern sie nur von der Arbeit, Überkonsumenten und Verschleuderer sein zu müssen, befreien will, werden die Kapitalisten und Rentiers die ersten sein, die sich zur Partei des Volkes schlagen."[18]

In bemerkenswerter Nähe zu Friedrich Nietzsche unterzieht Lafargue die Arbeit, die das gute Gewissen auf ihrer Seite hat[19], der Moralkritik. Beide Denker verhöhnen den naiven Fortschrittsglauben[20], verlachen jede naiv-gläubige Geschichtsteleologie, halten jedoch den bewussten Fortschritt und die bewusste Aufklärung für möglich. Wenn die Menschen sich mit nüchternen Augen in der strategischen Situation der Gesellschaft

---

[14] Lafargue, Paul: Das Recht auf Faulheit. Widerlegung des „Rechts auf Arbeit" von 1848. In: Das Recht auf Faulheit und andere Satiren. Stattbuch, Berlin, 1991, S. 10.

[15] Ebenda, S. 29.

[16] Vgl. ebenda, S. 15: *„Sklaven nur sind einer solchen Erniedrigung fähig."*

[17] Ebenda, S. 43.

[18] Ebenda, S. 44.

[19] Nietzsche, Friedrich: KSA 3, S. 557, FW, IV, 329.

[20] Vgl. Lafargue, Paul: Das Recht auf Faulheit ..., a. a. O., S. 17: *„ekelerregende Loblieder auf den Gott Fortschritt, den ältesten Sohn der Arbeit".*

zu betrachten und ihre Macht klug einzusetzen lernen, können sie *„mit Bewusstsein beschließen, sich zu einer neuen Cultur fortzuentwickeln"*, die *„Erde als Ganzes ökonomisch verwalten, die Kräfte der Menschen überhaupt gegen einander abwägen und einsetzen"*.[21] Lafargue schätzt die Faulheit als *„Mutter der Künste und der edlen Tugenden"*, seine Forderung zielt auf die gesetzliche Herabsetzung der Arbeit für alle auf drei Stunden pro Tag. Vorbild ist ihm England, das erste Industrieland der Welt, wo eine aristokratische Regierung immerhin wenigstens den Zehnstundentag gesetzlich eingeführt hatte[22].

Gemeinsam ist Nietzsche und Lafargue, dass sie das Otium der Edlen[23] als erstrebenswert erachten und erkennen, dass Arbeitsmoral[24], welche die Not der Arbeit zur Tugend löge, im Kampfe um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter *nie* mehr als hinderlich sein könne. Im Lobe der Arbeit von seiten der Herrschenden sehen sie das ordnungspolitische Motiv, das sich aus der Furcht vor individualistischem Wertewandel speist.

Der marxistische Ansatz wird durch Lafargue radikal von hegelschen und rousseauschen Implikationen befreit, mithin der entschlossene Weg in bewussten Reformismus eröffnet, der die Chancen der Gegenwart nicht hinterschreitet: Die Fixierung auf eine eskalierende Verschärfung des Klassenkampfes und die historische Notwendigkeit einer Revolution entfällt. Undramatisch zeichnet Lafargue den Weg in eine *„kommunistische Gesellschaft"*: *„wenn es geht friedlich, wenn nicht, mit Gewalt"*![25]

Die Umwertung der Werte: Billiger Fleiß in der Erwerbsarbeit schafft Überproduktionskrisen, also verschulden jene ihre Not, die ihre Arbeit nicht teuer verkaufen:

> *„Solange die Arbeitskräfte ihre Dienste billig anbieten, wendet man sie im Übermaße an; werden sie teurer, so sucht man sie zu sparen."*[26]

Um effektiv auf die Preisbildung ihrer Arbeit Einfluss nehmen zu können, müssen sich Arbeiter organisieren, um ihre Macht zu bündeln. Bar des Glaubens an das Dogma der Arbeit und der Enthaltsamkeit gelänge es den Arbeitern, den Preis der Arbeit zu steigern, Innovationen der Arbeitsmittel zu stimulieren:

---

[21] Nietzsche, Friedrich: KSA 2, S. 45, MA I, 24.
[22] Vgl. Lafargue, Paul: Das Recht auf Faulheit ..., a. a. O., S. 39.
[23] Vgl. Nietzsche, Friedrich: KSA 3, S. 408 f., FW 42; KSA 11, S. 224, NF Sommer–Herbst 1884, 26 [281].
[24] Auch Russell galt die Arbeitsmoral ausdrücklich als *„Sklavenmoral"*, die der neuzeitlichen Welt unangemessen sei. Vgl. Russell, Bertrand: Lob des Müßiggangs. Wien/ Hamburg 1957.
[25] Lafargue, Paul: Das Recht auf Faulheit ..., a. a. O., S. 8.
[26] Ebenda, S. 40.

„Um die Kapitalisten zu zwingen, ihre Maschinen von Holz und Eisen zu vervollkommnen, muss man die Löhne der Maschinen von Fleisch und Bein erhöhen und die Arbeitszeit derselben verringern."[27]

Die Steigerung des allgemeinen Wohlstandes und die Verhinderung von Krisen liegt für Lafargue in der Verantwortung der Arbeiter. Arbeitslosigkeit wird als Verteilungsproblem erkannt:

„Was die Arbeiter, verdummt durch ihr Laster, nicht einsehen wollen: man muss, um Arbeit für alle zu haben, sie rationieren wie Wasser auf einem Schiff in Not."[28]

Eduard Bernstein gab 1884 die deutsche Ausgabe *„Des Rechtes auf Faulheit"* ohne eine Nennung seines Namens als Übersetzer in Zürich heraus. 1890 brachte Bernstein in seinen Artikeln in *„Der Neuen Zeit"* empirische Einwände gegen die marxistische Prognose einer zunehmenden proletarischen Verelendung vor. Seither war die Frage, ob der Kapitalismus notwendig seinen eigenen Zusammenbruch bewirke, ins Zentrum der Sozialismus-Diskussion gerückt.[29] Der marxistische Anspruch objektiver ökonomischer Prognostik mit dem *„Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate"*[30] und damit die Notwendigkeit der Revolution gerieten in Zweifel.

Wenn Gewerkschaften den Wert der Arbeit in marktförmiger Wirtschaft zu steigern vermögen und dieses Streben sich der Hebung des allgemeinen Wohlstandes innerhalb des Kapitalismus dienlich erweist, gelangt Marx` analytischer Irrtum in den Blick, Demokratie nur als juristisch-politische Form kapitalistischer Ausbeutung zu verstehen. Bernstein bemerkt 1902:

„In dem Masse, wie die Arbeiterclasse heranreift, wird die Demokratie aus einem blossen Mittel ihrer Vorbereitung für die sociale Revolution, als welches Kautsky sie anerkennt, zum machtvollen Faktor ununterbrochenen socialen Fortschritts."[31]

Zur Frage, ob die Arbeitsmoral die Religion des Kapitalismus sei, ließe sich sagen: Die Arbeitsmoral, die zur Tugend gelogene Not der Arbeitenden, kann nur unter

---

[27] Ebenda, S. 40.

[28] Ebenda, S. 38.

[29] Vgl. Grossmann, Henryk: Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems. (Schriften des Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt am Main ; Bd. 1) C. L. Hirschfeld, Leipzig, 1929. – Dieser erste Band der Schriften des *Frankfurter Instituts für Sozialforschung* beginnt mit einer Analyse der zu diesem Problem vorliegenden Literatur.

[30] Siehe Elsenhans, Hartmut: „Lohnerhöhungen. Wachstumschance für den Kapitalismus. Eine Kritik am Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate", in: Forum DS. Zeitschrift für Theorie und Praxis des demokratischen Sozialismus. 1. Jg., Heft 2 (1976), S. 78–133.

[31] Bernstein, Eduard: „Die neueste Prognose der socialen Revolution", in: Socialistische Monatshefte. Internationale Revue des Socialismus, Hrsg. J. Bloch, Berlin, VI. Jahrgang No. 8, August 1902, S. 584–598, S. 589.

Bedingungen annähernder Vollbeschäftigung überwunden werden. In dem Maße, wie die abhängig Beschäftigten sich des Funktionsmechanismus von Kapitalismus bewusst werden, wird auch die Arbeit ihres ideologischen Schleiers entkleidet.

Entgegen der Befürchtung Lafargues ist Arbeitsmoral nicht notwendig die Religion des Kapitalismus, denn in einem funktionierenden Kapitalismus mit zunehmender Arbeitszeitverkürzung verlöre auch dieser Glaube seine Glaubwürdigkeit.

3. Das „Dogma der Arbeit" als ideologisches Instrument der antikapitalistischen Bewegungen gegen den Fortschritt bewusster Aufklärung

Mit der Russischen Oktoberrevolution 1917 trat ein nicht nur erklärungsbedürftiges, sondern für Marxisten, die auf Weltrevolution setzten, überaus theoriewidriges Faktum in die Weltgeschichte. Ein jeglicher, wie auch immer akzentuierter Marxismus kam fortan nicht umhin, sich wertend auf diese „sozialistische Revolution" in einem ökonomisch rückständigen Lande beziehen zu müssen. Durch die kommunistischen Parteien wurde nach der Machtübernahme in der Sowjetunion die westliche Arbeiterbewegung nachhaltig geschwächt, denn das gewaltbejahende Modell spaltete die Arbeiterbewegung und einte ihre Gegner.

Die deutsche Revolution 1918/19 ist von Anbeginn vom Problem *Sowjetunion* überschattet. Anfang 1919 vereinigt *„Das Ziel"* u. a. Beträge von Alfons Goldschmidt und Walther Rilla zu Lenins *„Staat und Revolution"*: Während Goldschmidt bekennt: *„Hier ist das Ziel"*[32]. – *„Es muß, als Voraussetzung, vorerst festgestellt werden: nicht der vollkommene Staat, der vollkommene M e n s c h ist Endziel."*[33], erklärt hingegen Rilla, *„der Staat hat dem Menschen nur die ungehemmte Möglichkeit zu solcher Entwicklung zu geben – ihre Verwirklichung muß der Initiative, der seelischen Vehemenz des einzelnen überlassen bleiben."*[34]

Bezüglich Lenins bemerkt Rilla: *„Man argumentiert verbrecherisch – denn für die Gewißheit tatsächlicher Verruchtheit tauscht man nichts als die Gewißheit einer*

---

[32] Goldschmidt, Alfons: „Der Weg", in: Das Ziel. Jahrbücher für geistige Politik, hrsg. von Kurt Hiller, Jahrbuch III, Kurt Wolff Verlag Leipzig, 1. Halbband 1919, S. 84–89, S. 87.

[33] Rilla, Walther: „Der Irrtum Lenin´s", in: Das Ziel. Jahrbücher für geistige Politik, hrsg. von Kurt Hiller, Jahrbuch III, Kurt Wolff Verlag Leipzig, 1. Halbband 1919, S. 63–69, S. 63 (Hervorhebung von W. Rilla.).

[34] Ebenda, S. 64.

ebensolchen Verruchtheit ein mit dem vagen, völlig bedeutungslosen Plus eines ‚Vielleicht – aber wissen kann ich es nicht'."[35]

Nicht nur Kommunisten, auch die Vertreter der später *Frankfurter Schule* genannten klassischen Kritischen Theorie, erlebten die Gründung der Weimarer Republik als Niederlage der Arbeiterbewegung.

Der Erste Weltkrieg wurde nicht machtanalytisch als riskantes Spiel des Ancien Régime in Mitteleuropa, das um seinen Bestand fürchtete, verstanden – weit eher als Phänomen des krisenhaften Kapitalismus. Im Jahre 1938 schreibt Horkheimer:

> *„Noch das äußerste Entsetzen heute hat seinen Ursprung nicht 1933, sondern 1919 in der Erschießung von Arbeitern und Intellektuellen durch die feudalen Helfershelfer der ersten Republik."*[36]

Die Beteiligung von Sozialdemokraten an der Niederschlagung der Revolution ließ diese als gescheiterte sozialistische und kaum als demokratisch-republikanische von den linken Kräften erlebt werden, obwohl das Erreichte bedeutsam war.

1918 wurde in der Sowjetunion der Subbotnik, die Samstagsarbeit, eingeführt und die Verbannten wurden zu Zwangsarbeit verpflichtet. Die Mehrheit der Bevölkerung musste an großen Bauprojekten mitwirken, deren sich das Land zu jener Zeit rühmte wie im Altertum die tributären Despotien ihrer Pyramiden oder chinesischen Mauer. Noch war die Mumifizierung der *„Führer der Arbeiterklasse"* nicht abzusehen. Das Dogma der Arbeit wurde gewaltsam[37] gefestigt. Die *„Erziehung durch Arbeit"* und die Vernichtung von Menschen durch Arbeit im GULag wurden Mittel despotischer Politik. Der Satz *„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen"* geriet als Bibel-Zitat in die Verfassung.[38] Vorbildliche Konforme wurden als *„Helden der Arbeit"* geehrt.

Die UdSSR stellte nur die Abschaffung des Kapitalismus samt seiner Errungenschaften, des „divide et impera" von „unten", der Nutzung des Marktes als Instrument zur Kontrolle der Privilegierten dar:

> *„Konkurrenz im Kapitalismus hat als Konsequenz, dass die Privilegierten Mehrprodukt nur in dem Umfang aneignen können, wie insgesamt*

---

[35] Ebenda, S. 67.

[36] Horkheimer, Max: Die Philosophie der absoluten Konzentration. Gesammelte Schriften, Bd. 4, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1988, S. 303 f.

[37] Vgl. Bolschaja Sowjetskaja Enzyklopädia [Große Sowjetische Enzyklopädie]. Art. „Prinuschdneje" [Zwang], 2. Aufl., Bd. 34, S. 529: *„Im sozialistischen Staat wird Zwang gegenüber einer Minderheit angewendet, um im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft die sozialistische Rechtsordnung sowie die Disziplin und Organisiertheit, die für die erfolgreiche Errichtung des Kommunismus erforderlich sind, zu gewährleisten. Er wird von der Mehrheit der Gesellschaft unterstützt und ist durch die strengste Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit gekennzeichnet. E i n e a u ß e r o r d e n t l i c h w i c h t i g e B e s o n d e r h e i t d e s Z w a n g e s b e s t e h t i m s o z i a l i s t i s c h e n S t a a t d a r i n, d a s s e r m i t d e r Ü b e r z e u g u n g v e r b u n d e n w i r d.* " [Hervorhebung v. O. K.]

Nettoinvestitionen für das Wachstum der Produktivkräfte vorgenommen werden, und dabei als je einzelne Kapitalisten in Bezug auf die Effizienz der Technologien und die Akzeptanz der Produkte am Markt kontrolliert werden."[39]

Durch die geschwächte westliche Arbeiterbewegung, bemerkt Elsenhans,

„konnten die objektiven Möglichkeiten zum Ausbau des Wohlfahrtsstaats und zur Steigerung der Realeinkommen in der Folge der sehr hohen Produktivitätssteigerungen der zwanziger Jahre nicht genutzt werden. Die Folge war eine unterkonsumtive Krise, die von den Vereinigten Staaten ihren Ausgang nahm, und die Überlebensfähigkeit des Kapitalismus in Frage zu stellen schien."[40]

In Deutschland ebneten die konservativen Kräfte im Parlament den Nationalsozialisten den Weg zur Machtergreifung. *„Arbeit macht frei",* hieß die Losung des Reichsführers SS Heinrich Himmler, wie nicht nur am schmiedeeisernen Tor des KZ Sachsenhausen zu lesen ist. Der in der Weimarer Republik 1931 eingeführte *„Freiwillige" Arbeitsdienst* für Jugendliche, die keine Unterstützung bezogen, zum Niedrigstlohn für Kost und Logie, war 1932 bei gleichzeitiger Reduzierung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgeweitet worden.

Bereits am 1. Februar 1933 verkündete Hitler im Rundfunk, innerhalb von vier Jahren werde die *„Rettung des deutschen Bauern"* und des *„deutschen Arbeiters"* durch *„einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit"*[41] vollbracht sein. Für die umfangreichen Arbeitsbeschaffungsprojekte galt ausdrücklich, soweit möglich, ein Verzicht auf Maschinen zugunsten des Einsatzes menschlicher Arbeitskraft, begleitet von der Propaganda gegen den *„Rationalisierungswahnsinn".* Oft wurden Hungerlöhne auf dem Niveau der Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Am 26. Juni 1935 wurde der freiwillige in einen zwangsweisen Reichsarbeitsdienst umgewandelt. Die eingeführte Wehrpflicht, 1935 einjährig, 1936 zweijährig, integrierte Männer; ein *„Ehestandsdarlehen"* erhielten Frauen, die sich verpflichteten, nach der Heirat keine Arbeit mehr aufzunehmen. Arbeitslosigkeit schlug in

---

[38] Siehe Verfassung der UdSSR, Artikel 12, Abs. 1.

[39] Elsenhans, Hartmut: „Kapitalismus und Massenkonsum – Eine Kritik der Marxschen politischen Ökonomie", in: Comparativ 2 (1992), S. 7–29, S. 20; ebenda, S. 21: *„Der Verzicht auf Konkurrenz zur Kontrolle der Privilegierten führt im realen Sozialismus zu den von Marx beschriebenen Tendenzen der Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals (hoher Fixkapitaleinsatz im Verhältnis zur Arbeit, höhere Steigerung des Fixkapitaleinsatzes als der Produktion) und erforderte für die Aufrechterhaltung der Akkumulationsrate des Kapitals – wie von Marx vorhergesehen – verschärfte Ausbeutung."*

[40] Ebenda, S 20.

Arbeitskräftemangel um. Den *„Arbeitsschlachten"* sollten bald die militärischen folgen.

Der 1890 erkämpfte *„Tag der Arbeit"* wurde 1933 erstmals als *„Tag der nationalen Arbeit"* zum gesetzlichen Staatsfeiertag unter Fortzahlung des Lohnes gefeiert. Goebbels sprach sich auf der Berliner Kundgebung dafür aus, *„endgültig die Ideologie des Klassenkampfes zu zerstören und der neuen Idee der Verbundenheit und der Volksgemeinschaft die Bahn freizulegen"*[42]. Hitlers Motto des Tages hieß: *„Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter!"*[43] Am Morgen darauf wurden die Büros und Redaktionen der Freien Gewerkschaften im ganzen Reichsgebiet von SS- und SA-Hilfspolizei besetzt. Als im Juni noch die christlichen Gewerkschaften zwangsweise der *„Deutschen Arbeitsfront"* eingegliedert worden waren, galt das Tarifsystem vollständig durch den faschistischen Korporatismus abgelöst.[44] Der Kapitalismus war abgeschafft. Die Zerstörung des Parteienpluralismus folgte.

Wer sich der Diktatur widersetzte, indem er in Ermangelung möglicher Organisation die auferlegte Arbeitspflicht individuell verletzte, wurde ab 1938 als *„Arbeitsbummelant"* oder *„-scheuer"* ins KZ Buchenwald eingewiesen. – *„Arbeit adelt!"* hieß die an Zynismus nicht zu überbietende Losung für die *„ehrlichen Arbeiter".* Arbeiter mit Galgenhumor fügten ihrem Namen den Titel *„von Habenichts"* bei.

4. Das „Recht auf Arbeit" in der Planwirtschaft der DDR

Der Real-Sozialismus wird heute nicht nur von der PDS als zwar zugegebenermaßen diktatorisches, jedoch immerhin recht soziales System verklärt. Bot die DDR in einzelnen Punkten Vorteile gegenüber dem Kapitalismus?

Dieser Frage kann weder widersprochen noch zugestimmt werden, da die Herauslösung von einzelnen Aspekten nur unter Einbeziehung der komplexen strategischen Situation der Gesellschaft für eine Wertung sinnvoll sein kann. Zum Vergleiche sei des Arbeitsrechtes der Franco-Diktatur gedacht, es verband bis 1957 das Streik-Verbot mit dem faktischen Verbot, einmal eingestellte Arbeiter wieder entlassen zu dürfen – doch wer wollte darin nicht Maßnahmen sehen, die dem

---

[41] Domarus, Max (Hrsg.): Hitler, Reden und Proklamationen 1932 – 1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. 1, Süddeutscher Verlag, München, 1965, S. 191 ff.
[42] Schulthess` Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge 49 (1933), S. 111.
[43] Domarus, Max (Hrsg.): Hitler, ... a. a. O., S. 261.
[44] Vgl. Eschmann, Ernst Wilhelm: Der faschistische Staat in Italien. Ferdinand Hirt, Breslau, 2. Aufl. 1933.

Ruhig-Halten der Arbeiter dienen sollten? Die klinische Betrachtung wohlsezierter Einzelaspekte kann das Gesamtsystem nicht aufwerten.

Verschwiegen bleibt in der Verklärung der DDR, dass die sozialen Sicherheiten eben nur politisch notwendiges Beiwerk zum Erhalt der Entrechtung waren. Schon Voltaire wusste:

> *„In manchen Ländern hat man angestrebt, daß es einem Bürger nicht gestattet ist, die Gegend, in der er zufällig geboren ist, zu verlassen. Der Sinn dieses Gesetzes liegt auf der Hand: ‚Dieses Land ist so schlecht und wird so schlecht regiert, daß wir jedem verbieten, es zu verlassen, weil es sonst die ganze Bevölkerung verlassen würde'. "*[45]

Wie im antiken Sparta die Freilassung der Heloten der Willkür des Staates oblag, so galt auch der Bürger in der DDR als entrechtetes Staatseigentum. Arbeitsfähige wurden beim Fluchtversuch erschossen; bereits die Vorbereitung einer *„Republikflucht"* war strafbar.[46]

Das Modell eines Arbeitslagers genügt weithin zum Verständnis des Realsozialismus. Im Unterschied zur despotischen Sklaverei, die den Verschleiß an Menschenleben angesichts kostengünstigen Nachschubs effektiv einkalkulierte, kam der sozialistische Staat aus Eigeninteresse nicht umhin, die Reproduktion der Produzenten durch Sozialmaßnahmen zu fördern,[47] – zumal wenn viele Menschen Berufsverbote und Repressionen nicht scheuten, um den Staat noch vor der Altersrente verlassen zu können. Die Bildungsinstitutionen sorgten als Selektionsinstanzen für den Nachwuchs der Funktionselite der Staatsklasse. Nur wer nicht mehr als arbeitsfähig galt, nicht mehr in der Arbeitspflicht verwertbar war, durfte problemlos das Land verlassen, da Invaliden und Altersrentner als staatliche Leibeigene überaus unrentabel sind.

Das *„Recht auf Arbeit"* galt in der DDR als *„ehrenvolle Pflicht"*, die *„immer mehr zu einem inneren Bedürfnis"*[48] werde. Der § 34 des Strafgesetzbuches ermöglichte die Arbeitsplatzbindung zur Bewährung im Kollektiv. Der § 249 ahndete *„asoziales Verhalten"*. Wer sich *„einer geregelten Arbeit entzieht, obwohl er arbeitsfähig ist"*, konnte mit bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe in der Verurteilung rechnen.[49] Erinnert sei

---

[45] Voltaire: Abbé Beichtkind Cartesianer. Philosophisches Wörterbuch, Art. „Gleichheit", Reclam, Leipzig, 1984, S. 173.

[46] Eine bedeutsame humanitäre Leistung der Bundesrepublik war der Freikauf politischer Häftlinge: Von 1964 bis 1990 sind fast 3,5 Milliarden DM für 33.755 Menschen gezahlt worden. (Whitney, Craig R.: Advocatus Diaboli. Wolfgang Vogel – Anwalt zwischen Ost und West. Siedler, Berlin, 1993, S. 400.)

[47] Bei Ehepartnern galt die Arbeitspflicht nur für jeweils eine Person.

[48] Kunz, Frithjof u. a.: Lexikon des Arbeitsrechts der DDR. Staatsverlag, Berlin (Ost), 1972, S. 282.

[49] Ab Mitte der achtziger Jahre konnte der berüchtigte Asozialitätsparagraph nicht mehr angewandt, Verurteilungen wegen Verletzung der Arbeitspflicht mussten nicht mehr gefürchtet werden. Schließungen einzelner Betriebe im Raum Berlin hatten zeitweilig unfreiwillige Arbeitslose zur Folge,

auch an jene Studenten, die politisch nonkonform aufgefallen waren und sich zur Strafe befristet *„in der Produktion bewähren"* durften, wollten sie sich der Gnade der Bildung wieder würdig erweisen. Tiefer als in die vermeintlich *„herrschende Arbeiterklasse"* konnte im Sozialismus keiner fallen. Noch 1993 versagte sich die PDS nicht, öffentlich das Staatsrechtsverständnis der SED-Diktatur zu vertreten, die hegelsche dialektische Einheit und formale Identität von Recht und Pflicht: Im Bundestag erklärte die PDS, gegen eine Arbeitspflicht sei nichts einzuwenden, sofern im Grundgesetz auch das *„Recht auf Arbeit"* eingeführt werde.[50]

Ein Staat, der seine Legitimation allein auf Glauben gründet, vermag das Legitimationsdefizit nur durch umfassende Kontrollmaßnahmen zu kompensieren. In Ermangelung demokratischer Öffentlichkeit fällt allein dem Geheimdienst die Aufgabe zu, das Feedback der Regulationen der Regierung verlässlich zu erkunden, will sie organisiertem Widerstand frühzeitig entgegenwirken.

Die subversiven Gruppen konnten daher mindestens davon ausgehen, dass ihre Aktivitäten – wie gering ihre aufklärerische und zu Widerstand ermutigende Breitenwirkung in den Anfängen auch gewesen sein mochte – zur Steigerung der Kontrollkosten des Staates beitragen mussten, somit auch den wirtschaftlichen Niedergang befördern konnten.

Wie despotische Sklaverei sich theoretisch nicht mehr lohnte, wenn den Sklaven gelänge sich zu organisieren und deshalb die Zahl der Aufseher permanent gesteigert werden müsste, so war die Hoffnung in der DDR nicht unberechtigt, dass mit jeder staatskritischen Aktivität der Sicherheitsapparat zur Erweiterung stimuliert werde. Mithin war sowohl die Steigerung der Kontrollkosten wie das zunehmende Unbehagen der kontrollierten Mehrheit zu erwarten, wenngleich der Zeitpunkt gelingender Befreiung für die Gruppen des organisierten Widerstandes ungewiss blieb.

Hartmut Elsenhans analysierte die *„Abhängigkeit der Entfaltung der inneren Widersprüche der Planwirtschaft von der konjunkturellen Entwicklung des Kapitalismus"*[51]:

> *„Es gab Phasen, in denen der ‚reale Sozialismus', die Planwirtschaft, wirtschaftlich überlegen schien, aber nur deshalb, weil im real existierenden Kapitalismus die ‚Kapital'-Interessen zu stark geworden waren. Die inneren*

---

wodurch die generelle Anwendung des Gesetzes unmöglich geworden war. So wurde Ende der achtziger Jahre möglich, dass eine Leipziger Bürger- und Menschenrechtsgruppe, der *Arbeitskreis Gerechtigkeit,* selbst Mitarbeiter anstellen und bezahlen konnte.

[50] Vgl. woche im bundestag (wib). 21 (1993), S. 61.

Widersprüche des realen Sozialismus mussten sich entfalten, wann immer im Kapitalismus Arbeit mächtig genug wurde, und über die Expansion ihrer Einkommen im Verhältnis zur geleisteten Arbeitszeit, also über Reallohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzung, für Wachstum sorgte."[52]

Anfang der achtziger Jahre sei die Situation erreicht worden:

„Um der sinkenden Kapitalproduktivität entgegenzuwirken, wurde Technologie importiert. Man übersah dabei, dass der Kapitalismus nicht primär wegen seines technischen Wissens, sondern wegen der den ‚Privilegierten' aufgezwungenen Marktkonkurrenz knappe finanzielle Ressourcen (Kapital) kostengünstiger einsetzte, und dies, solange Arbeit stark genug war, um hohe Masseneinkommen durchzusetzen. Im planwirtschaftlichen System stoppten die Wachstumsprozesse ab, weil Akkumulation trotz stagnierenden Konsums nicht mehr finanzierbar war, während die Öffnung gegenüber dem Weltmarkt zum Zweck des Technologieimports zur Verschuldung führte."[53]

Die im Sozialismus als Überlegenheit gelobten hohen Kapitalkoeffizienten und Investitionsquoten gerieten angesichts kapitalistischen wohlfahrtsstaatlichen Wachstums zum Ausdruck von *„Ausbeutung durch Ineffizienz"*[54].

1982 lernte ich in einem Leipziger Café ein lebensfrohes älteres Paar kennen. Sie vertrauten mir beim Weine an, einen Ausreiseantrag gestellt zu haben. Auf meine Frage nach der Motivation antworteten sie lachend und beeindruckend bündig: *„Wir sind Arbeiter und haben hier nichts zu verlieren. Marx hatte zumindest recht, dass wir nur unsere Arbeitskraft verkaufen können. Also wollen wir dort hin, wo wir mehr dafür bekommen."*

---

[51] Vgl. Elsenhans, Hartmut: „Aufstieg und Niedergang des realen Sozialismus. Einige politökonomische Anmerkungen", in: Comparativ. Heft 1 (1998), S. 122 - 132.

[52] Ebenda, S. 122.

[53] Ebenda, S. 130.

[54] Vgl. Elsenhans, Hartmut: Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt. Frankfurt a. M./ New York 1981, S. 90, Anm. 89; oder ders.: State, Class and Development. New Delhi/ London 1996, S. 144, Anm. 90.

5. Zu John Maynard Keynes` „General theory"

Im Jahre 1931 geschrieben und 1936 veröffentlicht, stellte die *„Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes"* des Politökonomen John Maynard Keynes nicht nur die Verknüpfung von bis dahin ziemlich unabhängig nebeneinander bestehenden Theorien, der Zinstheorie, der Geldtheorie, der Produktionstheorie und der Lohntheorie dar. Sidney Pollard betont das besondere Novum:

> *„Die bedeutendste theoretische Innovation dieses Werkes, […] war Keynes` implizite Verneinung des ‚Sayschen Gesetzes', wonach jeder Verkauf gleichzeitig ein Kauf ist und somit kein Mangel an Gesamtnachfrage gegenüber dem Gesamtangebot entstehen kann. Nach Keynes kann es durch Sparen (Nicht-Ausgeben), mit Wirkung über den Geldmarkt, durchaus zu einem Nachlassen der allgemeinen wirksamen Nachfrage (‚effective demand') kommen und somit zu einem länger anhaltenden stabilen Gleichgewicht bei einer Beschäftigung von weit unter 100%, also bei hoher Arbeitslosigkeit."*[55]

Aus der berechtigten Annahme, dass die Haushalte der Ärmeren weniger sparen als reichere, folgte ein starkes Argument für die Umverteilung der Einkommen zugunsten der Lohnarbeiter und ärmeren Schichten.

> *„Ein ausgeglichener Staatshaushalt und a fortiori ein Etatüberschuß, einst die Wahrzeichen einer verantwortlichen Regierung, wurden nun für schuldig befunden, zur Verschlimmerung der Krise beizutragen. Stattdessen sollte der Staat Defizite auf sich nehmen, um damit die überschüssigen Ersparnisse im privaten Sektor aufzusaugen. Die geltenden Zinssätze sollten gesenkt werden. Da aber in den schlimmsten Stadien der Krise die Möglichkeit ins Auge gefaßt werden mußte, daß Unternehmer nicht einmal auf eine Zinsrate, die sich Null näherte, reagieren würden, hatte der Staat die Aufgabe, die Investitionen direkt zu steuern oder am Ende selbst Investitionen vorzunehmen. Last not least wurde die bisher allseits befürwortete Politik der Lohnsenkung zur Bewältigung der Krise als sinnwidrig verworfen."*[56]

Die bereits von Lafargue konzipierte Idee der Krisenprävention wurde von Keynes ökonomisch durchdacht, doch Keynes bejaht als Liberaler den Kapitalismus durchaus und seine Theorie zielt auf die funktionale Optimierung des Kapitalismus.

---

[55] Pollard, Sidney: „Keynesianismus und Wirtschaftspolitik seit der Großen Depression", in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft, 10. Jg., Heft 2 (1984), Göttingen, S. 185–210, S. 192.

[56] Ebenda, S. 193.

Die Steigerung der Massen-Nachfrage nach seriellen, mit Maschinen gefertigten Produkten gilt als der Hebel zur Herausbildung marktförmiger Wirtschaftsweise.

Da die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals von den Erwartungen abhängt, die bezüglich voraussichtlicher Erträge eines Kapitalwertes gehegt werden, sich also private Investitionen an den Absatzerwartungen orientieren, gilt:

> *„Wollen wir nicht zum Kommunismus übergehen, so gibt es kein anwendbares Mittel, um der Unterbeschäftigung Herr zu werden, als den Unternehmern wieder eine angemessene Profitspanne zu verschaffen."*[57]

Demnach sollte der Staat in Krisen kurzfristig mit antizyklischer Fiskalpolitik gegensteuern, um mittels öffentlicher Investitionen die private Nachfrage zu steigern. Ist das Ziel der Vollbeschäftigung wieder annähernd erreicht, so sollte zur Vermeidung von Inflation in der Konjunkturphase zum Sparen angereizt und Lohnerhöhung begrenzt werden. Im reifen Kapitalismus wird Sparen hingegen dysfunktional, da es eine Nachfragelücke erzeugt. Unberechenbar bleibt stets die Dynamik technologischer Innovation, die Vervollkommnung der Arbeitsmittel im Prozess der Naturbeherrschung.

Keynes stellte das *„fundamentale psychologische Gesetz"* ins Zentrum seiner Theoriebildung, welches besagt, dass private Haushalte dazu neigen, das Bedürfnis nach Zukunftsvorsorge durch Sparen zu befriedigen. D. h. ehe der absolute Sättigungspunkt entsprechend der Grenznutzentheorie beim Konsum erreicht ist, wird ein mehr oder weniger großer Einkommensanteil für Ersparnis bzw. Vorsorge verwendet.[58] Die Wirtschaft einer Bevölkerung, die dazu neigt, ihr Geld auszugeben, lässt sich aber leichter auf den Stand der Vollbeschäftigung bringen und halten. Dem hieraus für reife Volkswirtschaften erwachsenden ökonomischen Problem der Nachfragelücke kann nur entgegengewirkt werden, indem Arbeitslosigkeit vermieden wird und private Haushalte sich des Funktionsmechanismus von Kapitalismus bewusst werden, die Gewissheit gewinnen, dass wirtschaftliche Stabilität eine politische Frage demokratischer Steuerung ist.

---

[57] Keynes, John Maynard: „Proposals for a Revenue Tariff", in: New Statesman and Nation, 7. 3. 1931, S. 53, deutsch in: Hofmann, Werner: Theorie der Wirtschaftsentwicklung vom Merkantilismus bis zur Gegenwart (Sozialökonomische Studientexte, Bd. 3), Duncker u. Humblot, Berlin, 1966, S. 210.

[58] Die langfristige, stagnationswirksame Konsumabschwächung in reifen Volkswirtschaften bezeichnet Karl Georg Zinn als *„Gossen-Keynessche Regel"*. – Vgl. Zinn, Karl Georg: Arbeit, Konsum, Akkumulation. Versuch einer integralen Kapitalismusanalyse von Keynes und Marx. VSA-Verlag, Hamburg, 1986, S. 80 ff.

Bereits 1930 dachte Keynes im Essay *„Ökonomische Möglichkeiten unserer Enkel"*[59] über das Zusammenwirken der beiden langfristigen Trends von Produktivitätswachstum und relativer Sättigung der Konsumbedürfnisse nach. Er unterschied epikureisch absolute von relativen Bedürfnissen. Für die Befriedigung natürlicher oder *„absoluter Bedürfnisse"*[60], die unbefriedigt eine Not leiden lassen, in welcher sich die Betroffenen stark angeähnlicht fänden, könne im Kapitalismus Sättigung im Sinne der Grenznutzentheorie für alle erreicht werden. Das mit Sättigung der sogenannten *„absoluten Bedürfnisse"* aller einhergehende Absinken der Wachstumsraten wäre aus Keynes´scher Perspektive kein Problem, sondern ein menschheitlicher Erfolg, der die Überwindung des Problems der Knappheit bzw. des Mangels anzeigte. Er wäre Folge des produktivitätssteigernden Fortschrittes und damit einhergehender Umverteilung im Sinne der Nivellierung von Kaufkraft. Die Beschwerde der Arbeit – in der Grenznutzentheorie der *„negative Nutzen"* – verringerte sich für alle angesichts der Sättigungstendenz durch enorme Arbeitszeitverkürzung. Lafargues Sehnen fände im Kapitalismus Erfüllung.

Bei *„relativen Bedürfnissen"*, Bedürfnissen des Meinens, die aus dem Prestige- und Geltungsstreben, dem Überlegenheits- oder Machtstreben erwachsen und im zwischenmenschlichen Vergleich den Rang bestimmen, bliebe Sättigung hingegen ausgeschlossen, denn dieser Wettkampf ist potentiell endlos, aber offen für Kultivierung und dies um so mehr angesichts eines hohen Maßes selbstbestimmter Zeit.

Lord Keynes entwarf im Frühjahr 1943[61] in der Konsequenz seiner Theorie eine Langfristprognose für die Nachkriegszeit, die drei Phasen aufzeigt, die weithin eingetreten sind. Keynes plädierte für ein Langfristprogramm gesamtwirtschaftlicher Investitionssteuerung, damit *„es gar nicht erst zu größeren konjunkturellen Schwankungen kommt, sondern die kontinuierliche Absorption der Ersparnis durch die Investitionen gewährleistet ist"*[62].

---

[59] Keynes, John Maynard: „Economic Possibilities for our Grandchildren" [1930], in: ders.: Collected Writings, Bd. 9, London-Basingstoke 1972, S. 321–332; oder in: ders.: Essays in Persuasion, London 1933, S. 358–378. Vgl. Zinn, Karl Georg: Die Wirtschaftskrise. Zum ökonomischen Grundproblem reifer Volkswirtschaften, BI-Taschenbuchverl., Mannheim/ Leipzig/ Wien/ Zürich 1994, S. 75 ff.

[60] Vgl. ebenda, S. 326.

[61] Keynes, John Maynard: The Long-term Problem of Full Employment. [1943] In: ders.: Collected Writings, Bd. 27, London-Basingstoke 1980, S. 320-325; deutsch unter dem Titel: Das langfristige Problem der Vollbeschäftigung, in: Karl Georg Zinn: Jenseits der Markt-Mythen. VSA-Verlag, Hamburg, 1997, S. 153-156.

[62] Zinn, Karl Georg: Keynes` Langfristprognose, in: Jenseits der Markt-Mythen, VSA-Verlag, Hamburg, 1997, S. 150-152, S. 151.

Kurz gefasst, sah Keynes für die erste Phase des Wiederaufbaus noch die Notwendigkeit staatliche Kontrollen des Verbrauchs und der Investitionstätigkeit, für die zweite die Aufhebung dieser Kontrollen sowie ein langfristig angelegtes Investitionsprogramm unter öffentlicher Kontrolle, um Schwankungen im privaten Sektor durch gegenläufige Bewegungen zu korrigieren. Im Übergang zur dritten Phase sei unter Bedingungen der Vollbeschäftigung notwendig,

> *„sinnvollen Konsum zu ermutigen, vom Sparen abzuraten und einen Teil des unerwünschten Surplus durch vermehrte Freizeit zu absorbieren – mehr Urlaub (eine wunderbare Art, Geld loszuwerden!) und weniger Arbeitsstunden".*[63] *Langfristig müsse Ziel sein, „die Nettoinvestitionen zu reduzieren und den Verbrauch (oder, alternativ, die Freizeit) zu steigern".*[64]

Bedingung für die dritte Phase ist die gelingende Aufrechterhaltung von Vollbeschäftigung.

Wird die Prognostik der empirischen Wirtschaftsentwicklung konfrontiert, lässt sich sagen, dass in den 50er und 60er Jahre Wachstumsraten bis um 10% auftraten. Viele Wissenschaftler gingen noch in den 60er Jahren davon aus, das Bruttoinlandsprodukt könne jährlich real um 4% wachsen, woraus sie folgerten, alle Arbeitsuchenden seien allein durch Wirtschaftswachstum in den Arbeitsmarkt zu integrieren, doch es ließ gemäß der Prognose von Keynes deutlich nach. Nach Abbau des Nachfrageüberhangs im Wiederaufbaubedarf traten in wohlhabenderen Haushalten von den 70er Jahren an die von Keynes erwarteten Sättigungserscheinungen ein. Die Nachfragedynamik der Besserverdienenden ließ nach. Der leichte Anstieg der Arbeitslosigkeit führte bei Arbeitslosen zu Einkommensausfällen mit entsprechendem erneuten Nachfragerückgang. Der Prozess von Arbeitslosigkeit zu Einkommensrückgang zu Nachfrageüberhang zu erneuten Beschäftigungseinbußen führte seither zu steigender Arbeitslosigkeit.

Rechnet man alle Wachstumsraten der OECD-Staaten zusammen, gab es nur einmal in den 80er Jahren ein reales Wachstum von 4%, auch Deutschland lag unter dieser Marke (nur die deutsche Vereinigung sorgte ab 1990 vorübergehend für bessere Ergebnisse). Die realen Wachstumsgrößen bewegen sich seit den 80er Jahren um die 2% (nur im Jahre 2000 bei 3% infolge des niedrigen Wechselkurses des eingeführten Euro), worin die nachfrageorientierte Theorie den Beleg sieht, dass mit Wachstum die Arbeitsmarktlage nicht zu bewältigen ist.

---

[63] Keynes, John Maynard: „Das langfristige Problem der Vollbeschäftigung", in: Zinn, Karl Georg: Jenseits der Markt-Mythen. VSA-Verlag, Hamburg, 1997, S. 155.

[64] Ebenda, S. 156.

Die Prognostik spricht angesichts der realen Wirtschaftsentwicklung dann nicht gegen die nachfrageorientierte Theorie, wenn das Ausbleiben des *"goldenen Zeitalters"* mit Freizeit und allgemein steigendem Wohlstand hinreichend mit der nicht aufrechterhaltenen Bedingung der Vollbeschäftigung erklärt werden kann.

Die dritte Phase, in der wir uns heute befinden, ist gekennzeichnet durch ständig sinkende Wachstumsraten, wie in den OECD-Staaten in den letzten 25 Jahren erfolgt. Drei wirtschaftspolitische Maßnahmen empfahl Keynes für diese Phase

(1.) die Ausgabenausweitung des Staates zugunsten des gemeinschaftsorientierten Bedarfs,

(2.) eine gleichmäßigere Einkommensverteilung, um zu vermeiden, dass sich Geld in oberen Einkommensschichten sammelt, wo es nicht mehr für Massenprodukte nachfragewirksam ist, hingegen in den unteren für den Konsum fehlt, und

(3.) kontinuierliche Arbeitszeitverkürzung.

Aus der Perspektive der Theorie von Keynes erweist sich die heute populäre Angebotspolitik, welche auf Steuerentlastungen zugunsten der Unternehmen, auf Lohnspreizung und Lohnzurückhaltung setzt, angesichts sinkender Wachstumsraten entweder als illusionär, sofern sie Beschäftigung steigern zu können glaubt, oder als allein interessegeleitete ideologische Suggestion, sofern sie eigentlich auf Erhalt und Steigerung der Arbeitslosigkeit zielt, um die organisierte Verhandlungsmacht der Gewerkschaften in der Preisbildung für Arbeit weiter zu schwächen.

6. Die Offensive der reaktionären Konter-Reformen

Im Zeichen keynesianischer Wirtschaftspolitik erreichte der Westen in den Nachkriegsjahren ein ungeahntes Wachstum. Mit der Krise in den 70er Jahren verlor der Keynesianismus an Einfluss, obwohl sich diese Krise hinreichend aus der inkonsequenten Ausführung des Keynesianismus erklären lässt. Die Ursachen für die Abkehr vom Keynesianismus sind daher im außerökonomischen Bereich zu suchen.

Im Nachgang der im Revolutionieren zwischenmenschlicher Verhaltensformen durchaus siegreichen, doch in der offiziellen Politik in ihren Ansprüchen scheiternden Studentenbewegung gelang den Konservativen international die Offensive[65].

---

[65] Vgl. Borchert, Jens: Die konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates: Großbritannien, Kanada, die USA und Deutschland im Vergleich. Campus, Frankfurt a. M./ New York, 1995.

Die *„Trilateral Commission"* nutzte gerade die ökonomische Krise der 70er Jahre, um Demokratie und die Ausweitung der Staatsaufgaben zu deren Ursachen zu stilisieren. Sie postulierte:

> *„Das Streben nach den demokratischen Tugenden Gleichheit und Individualismus hat allgemein die Delegitimation der Autorität und den Verlust des Vertrauens in Führerschaft zur Folge gehabt. Die demokratische Ausweitung politischer Partizipation und Einbeziehung hat eine ‚Überlastung' des Staates und die instabile Ausdehnung der Regierungsaktivitäten erzeugt, welche die inflationären Tendenzen in der Wirtschaft steigern."*[66]

Der 1972 erschienene erste Bericht an den *Club of Rome* mit dem Titel *„Die Grenzen des Wachstums"* drohte die globale Katastrophe an, sofern nicht umgehend auf Wachstum verzichtet werde. Für allejene, die für statistische Hochrechnungen im simulierten Weltmodell, welches nicht nur technologische Innovationen methodisch vernachlässigt, die adäquate Entsprechung zur kommenden Wirklichkeit annahmen, verdüsterte sich die Zukunft der modernen Industriegesellschaften jäh.

Gerade diejenigen Linken, die sich im *„Spätkapitalismus"* wähnten und den geschichtsphilosophischen Pessimismus der Frankfurter Schule teilten, durften sich von konservativen Technokraten bestätigt fühlen. Der freiheitliche Impuls der 68er geriet in die Defensive.

Die Hegemonie des Neoliberalismus hob an. Unisono tönt heute aus der überwiegenden Mehrheit der Medien, das sinkende Quantum der Arbeit sei eine Katastrophe für die Gesellschaft. *„Sachzwänge"* wurden organisiert, die sich wie ein vermeintliches Fatum gegen den Sozialstaat kehrten, der nicht mehr zu retten sei. Bisweilen wird das *„Gespenst der Globalisierung"*[67] beschworen, will eine Regierung ihren politischen Willen zur Umverteilung zugunsten von Unternehmen mit Alternativlosigkeit vor einer vermeintlich höheren Macht ideologisch vor den Bürgern rechtfertigen. Was Lafargue die *„Religion des Kapitalismus"* hieß, erheischt wieder Glauben und inszeniert das Schicksalsdrama vom Staate in Nöten.

---

[66] Crozier, Michel/ Huntington, Samuel P./ Watanuki, Joji: The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission, New York University Press, New York 1975, S. 161.

[67] Der gebotenen Kürze wegen sei zu dieser Thematik nur verwiesen auf: Elsenhans, Hartmut: „Das Gespenst der Globalisierung", in: Jahrbuch Arbeit und Technik, Bonn 1996, S. 25–36; ders.: „Konzepte und Chancen nationaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Zeitalter der Globalisierung", in: Jahrbuch Arbeit und Technik, Bonn, 1997, S. 147–158 sowie Bourdieu, Pierre: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion, UVK-Verlag, Konstanz, 1998.

Die reformistische Bejahung des auf Massenkonsum beruhenden Kapitalismus[68], als beste aller bekannten Formen von Gesellschaft, bedeutet nicht das Ende der Ideologiekritik wie einst die Frankfurter Schule wähnte. Vielmehr lassen sich Lohnverzichts- und Standort-Appelle oder Lohnabstandsgebote und Sozialhilfekürzungen[69] erst aus erkenntnisoptimistischer Perspektive als ideologische Strategeme zur Entwertung von Arbeit durchschauen.

Dem neoliberalen Denken ist eine antiindividualistische religiöse Struktur eigen. Unter Aufgabe des Vollbeschäftigungszieles werden abhängig Beschäftigte zu *„Arbeitsplatzbesitzern"* geadelt, um sie gegen Arbeitslose auszuspielen und das Durchschnittsniveau der Reallöhne zu senken. Das Ressentiment der Arbeitenden gegen die Arbeitslosen und umgekehrt wird geschürt, um beide zu schwächen. Wer den Glauben hegt, der Besitz eines Arbeitsplatzes sei eine ihm zuteil werdende Gnade, dem soll es an Dank, verächtlich auf Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger hinabblicken zu dürfen, nicht fehlen. Ihn beschleicht nur die Furcht, der Investor könne dem *„Standort"*[70] seinen monetären Segen entziehen, sich einladenderen Gefilden mit lohn-anspruchsloseren Arbeitswilligen zuwenden. Der Faktor Arbeit wird im Produktionsprozess in Kapital, in *„Humankapital"*, uminterpretiert. Fast ist der bloße Arbeitsplatz schon eine Form des Lohnes.

Bisweilen ließen sich Betriebsräte gegen Tarifvereinbarungen in die Konkurrenzlogik des Kapitals einbinden, um ihrer Kollegen *„Arbeitsplätze zu sichern".* Wenn der IG-Metall-Vorsitzende jedoch das defensive *„Bündnis für Arbeit"* ausruft, so kündigt er die Funktion einer Gewerkschaft schlicht auf. – Er degradiert sie zu etwas wie einem National–Betriebsrat, der sich um die *„nationale Arbeit"* und gegen den *„Arbeitsplatzexport"* aus der *„Deutschland AG"*[71] müht.[72] Der politische Wortschatz wurde um zahlreiche skurrile Ideologeme bereichert.

Die Fixierung auf *„Arbeit um jeden Preis"* entkoppelt die Löhne weiter der Produktivität. *„Bündnis für Arbeit"* – Wer will sich da mit wem und gegen wen verbünden? Ließe sich auch ein Streik zum *„finanziellen Sachzwang"* stilisieren? –

---

[68] Siehe Elsenhans, Hartmut: Grundlagen der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1979, S. 101–148.

[69] Vgl. Steffen, Johannes: „Fatale Billig-Lohn-Ökonomie – Wer die Sozialhilfe kürzt, hat die Löhne im Visier", in: Soziale Sicherheit 10 (1994), S. 372–379.

[70] Siehe Elsenhans, Hartmut: „Durch Standortsicherung zur Weltwirtschaftskrise", in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 82 (1995), S. 22–27.

[71] Ein Wort aus dem Munde des Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD).

[72] Vgl. hingegen Krugmann, Paul: Der Mythos vom Globalen Wirtschaftskrieg. Eine Abrechnung mit den Pop-Ökonomen. Campus, Frankfurt a. M., 1999.

Neoliberale Glaubensangebote erweisen sich nützlich zur Substitution, nicht nur von Handlungsrationalität sondern auch von Lohn!

7. „Beschäftigungsförderung" in Leipzig

Am Augustusplatz, jenem Platze, über den im Herbst 1989 allmontäglich die Menschen demonstrierten, um die SED-Herrschaft zu brechen, steht ein Hochhaus aus des Jahrhunderts Beginn. Am Giebel dieses Krochschen Hochhauses, der antikisierend das Tympanon eines Tempels imitiert, prangt die lateinische Inschrift *„Omnia vincit labor"* [Die Arbeit besiegt alles]. Zwei große Arbeiterplastiken stehen darüber, die abwechselnd mit schweren Hämmern die gusseiserne Glocke zwischen ihnen schlagen, um den Leipzigern die Zeit ertönen zu lassen. Vergils Lehrgedicht *Georgica* lieh dem Giebel den Spruch. Wie der antike Dichter des Bauern Arbeit pries, so das 19. Jahrhundert das *„Dogma der Arbeit"* für Industriearbeiter.

An Leipzig lässt sich exemplarisch zeigen, in welche Bahnen neoliberales Denken die Gesellschaft treiben kann. Ein deutschlandweit in seinem Umfang einmaliger kommunaler *„Betrieb für Beschäftigungsförderung"* (bfb) expandiert vor sich hin. Der einst langjährige Vorsitzende der *Jungen Union* aus Hannover, Matthias von Hermanni, gründete und leitete den *„bfb".* Er bekannte in PDS-Manier, Arbeit sei genug da, sie müsse nur bezahlt werden. Bezahlung in seinem Sinne meinte bestenfalls den hauseigenen Tarif[73].

Sozialhilfeberechtigte werden in Leipzig vor die Alternative gestellt, im *„bfb"* zu arbeiten oder die Kürzung der Sozialhilfe bis zur Streichung hinnehmen zu müssen. Viele Studenten, nach dem Studium Sozialhilfeempfänger, fliehen die Stadt, wenn sie nicht andere Arbeit finden.

Das *„Arbeitshaus",* wie es das 19. Jh. kannte, war noch ein Instrument zur Umverteilung zugunsten der Verarmten, solang kein Netz sozialer Sicherungen bestand. Hingegen dienen die *„Arbeitshäuser"* des *„bfb"* gerade dem Ausschluss derer aus dem bestehenden Netz sozialer Sicherungen, die sich zur Arbeit im *„bfb"* nicht bereit finden.

---

[73] Vgl. Lachmann, Harald: „ABM-Stützpunkt in Leipzig bastelt sich eigenen Tarifvertrag. Größter Arbeitgeber will ÖTV-Verbund verlassen", in: Leipziger Volkszeitung (LVZ) vom 17. Dez. 1996.

Von Hermanni, der geistige Vater des Projekts, erklärte:

> *„Es gibt gewisse Parallelen zum Arbeitsdienst im Dritten Reich. Aber deswegen bin ich doch kein Nationalsozialist."*[74]

Alimentierung von Arbeitslosigkeit wollte er abbauen: *„Gegen Massenarbeitslosigkeit hilft nur Massenarbeit."*[75] Er genoss ästhetisch: *„Ich übe meinen Traumjob aus. Mich befriedigt körperliche Arbeit, und mich befriedigt es, körperliche Arbeit anzuschauen."*[76]

Mit Fördermitteln wurde 1991 in Leipzig ein sogenannter ABM-Stützpunkt aufgebaut.[77] Kaum war das *„Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms vom 23. Juni 1993"* verabschiedet, schon erhielten 500 Sozialhilfeberechtigte ein Faltblatt mit dem Titel *„Arbeiten statt einfach nur Sozialhilfe beziehen, denn arbeiten ist mehr als nur Geldverdienen".* Im Faltblatt war die Pflicht gemäß §§ 19, 20 des BSHG zu lesen, aber auch „Motivierendes" wie *„Arbeiten ist, am Abend zu wissen, warum man am Morgen aufgestanden ist"*, um für 40 Stunden pro Woche die Sozialhilfe um 80,- DM Aufwandsentschädigung zu erhöhen. Morgens 7 Uhr Antreten der Brigaden zum Zähl-Appell!

Bis 1994 wurde Leipzig im Stadtrat von einer Allparteien-„Sachkoalition" mit SPD-Mehrheit unter OBM Dr. Hinrich Lehmann-Grube regiert – das ideale Feld für antidemokratische Experimente. Seit Jahren lockte die CDU-Landesregierung mit dem Fördertopf *„Arbeit statt Sozialhilfe"* (1994: 1,4 Millionen) die Kommunen. Auch Rainer Müller, einst Mitarbeiter in der DDR-Opposition, der nun nach dem Studium Sozialhilfe bezog, erhielt das Faltblatt. Er sorgte für Öffentlichkeit.[78] Es gelang, ein internes Papier der Stadtverwaltung zu veröffentlichen, worin bereits 5.000

---

[74] Schulz, Christian: „Dunkle Wolken am Boomtown-Himmel", in: Kreuzer – Leipziger Stadtmagazin. Heft 2 (1994), S. 16.

[75] Ebenda.

[76] Ebenda.

[77] Dort wurden zwischen 1000 und 1500 Menschen und weitere ca. 1500 Personen für die Stadtverwaltung in ABM beschäftigt.

[78] Vgl. Müller, Rainer: „Von einem, der herangezogen wurde, bei der Arbeit das Fürchten zu lernen. Ein Erfahrungsbericht zu ‚Arbeit ohne Lohn' in Leipzig", in: quer, Heft 12, Frankfurt a. M. Dezember 1993, S. 7;
ders.: „Zwangsarbeit. Bericht eines Leipziger Sozialhilfeempfängers", in: telegraph 11 (1993), Berlin, S. 26 f.; ders.: „Zwangsarbeit. Bericht eines Leipziger Sozialhilfeempfängers", in: zeitlupe, 12 (1993), Leipzig, S. 7; ders.: „Arbeitszwang", in: Neues Forum Bulletin 27, 25. Oktober 1993, S. 2 f.;
Witzel, Holger: „Stadt macht Druck: Gemeinnützige Arbeit oder Sozialhilfe weg. 500 Betroffene sollen ABM-Kräfte ersetzen", in: Leipziger Volkszeitung (LVZ) vom 17. September 1993;
Teske, Alexander: „Zwangsarbeit mit Zähl-Appell", in: Leipziger Morgenpost vom 20. Oktober 1993;
Witzel, Holger: „Der Sozialhilfestreit. Arbeit oder Stütze", in: LVZ vom 23./ 24. Oktober 1993, S. 14.

Zwangsverpflichtete eingeplant wurden – eine Nachricht für die Titelseite der *Frankfurter Rundschau.*[79]

Fünf Verweigerern wurde die Sozialhilfe gekürzt. Anlässlich der Veranstaltungen zum 4. Jahrestag der entscheidenden Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 verteilte das dereinst in Leipzig außerparlamentarische Neue Forum ein Flugblatt *„Schluss mit der Zwangsarbeit in Leipzig"*[80]. Damit war eine politische Diskussion eröffnet. Am Anfang stand der bloße Verwaltungsakt, viele Stadtverordneten wussten von diesem Vorgehen nichts, so stellten sich anfangs auch *Bündnis 90/ Die Grünen* entschieden auf die Seite der Gegner des *„bfb"*.[81] Die Stadtverwaltung bestritt die monatelang geübte Praxis, alle Sozialhilfekürzungen wurden zurückgenommen und zum Übereifer von Sozialamtsmitarbeitern erklärt. Das interne Papier sollte nun bloße Diskussionsgrundlage gewesen sein. Im November wurden 1000 einjährig befristete Arbeitsverträge für Sozialhilfeberechtigte angekündigt,[82] die nach dreimonatiger „Probezeit" bei Mehraufwandsentschädigung von 1,- bis 3,- DM pro Stunde abgeschlossen werden sollten. Die ÖTV drückte die naheliegende Befürchtung aus, bald könnten aus dem öffentlichen Dienst Entlassene die gleiche Arbeit zum Billigst-Lohn wieder aufnehmen, denn Leipzig plante bereits die Entlassung von 2000 städtischen Bediensteten.

Mit dem Jahresbeginn 1994 setzte die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung wieder Sozialkürzungen[83] in kraft, doch gelang ihr dies nicht in jenem Umfang, wie er im Leipziger Planungspapier erhofft worden war: die allgemeine Arbeitslosenhilfe wurde nicht zeitlich begrenzt.[84] Im April nahm die Polemik der Bundesregierung[85] wieder

---

[79] Siehe Wagner, Wolfgang: „Sozialhilfeempfänger sollen für Bonner Kürzungspläne büßen. Leipzig plant, gemeinnützige Arbeit auszuweiten", in: Frankfurter Rundschau, Nr. 241, 16. Okt. 1993, S. 1.; vgl. Brachthäuser, Uli: „(Zwangs-) Arbeit für Leipzig", in: quer. 11 (1993), Frankfurt a. M., S. 6–8 und in: express. 11 (1993), Offenbach, S. 9.

[80] Vgl. Neues Forum Bulletin. Nr. 27, Berlin, 25. Oktober 1993, S. 3 f.

[81] Vgl. Koch, Michael/ Nuss, Sabine: „500 Sozialempfänger sollten arbeiten. Nur 5 kamen zum Teich-Entschlammen", in: Bild Leipzig, 18. Oktober 1993, S. 10.

[82] Vgl. Witzel, Holger: „Arbeit für ein Jahr: Stadt nimmt tausend Sozialhilfeempfänger. Nach Streit um ‚Zwangsarbeit' jetzt Arbeitsverträge", in: LVZ, 29. Oktober 1993, S. 17;
Witzel, Holger: „Arbeit macht Freude", in: LVZ, 29. Oktober 1993, S. 17: *„Es war offensichtlich ein Versuch, ob in einer sozialdemokratisch regierten Stadt ein uraltes CDU-Konzept heimlich und ohne Opposition durchgeht."*;
Brachthäuser, Uli: „Leipzig ´94: 1000 kriegen Billig-Jobs, 2000 verlieren ihre reguläre Arbeit", in: quer 12 (1993), S. 8;
Nuss, Sabine: „Sozialhilfe: Leipzig legt Bonn aufs Kreuz", in: Bild Leipzig, 29. Oktober 1993, S. 3.

[83] Vgl. Steffen, Johannes: Sozialabbau – Das Bonner Spar-Paket für 1994, Bremen, 1993.

[84] Unter allgemeiner Arbeitslosenhilfe sei hier jene verstanden, die nach mindestens einjähriger Beschäftigung nach Auslaufen des Arbeitslosengeldes gezahlt wird. Befristet wurde jedoch die sogenannte „originäre Arbeitslosenhilfe" nach Beschäftigung unter der Frist eines Jahres.

[85] Vgl. Löwisch, Manfred: Wiedereinführung von Gemeinschaftsarbeiten für Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Gutachten, erstattet dem Bundesminister für Wirtschaft,

deutlich nationalistische Züge an, Arbeitslosenhilfebezieher mussten als Erntehelfer in die Landwirtschaft, damit nicht Polen, für die sich diese Arbeit aufgrund des Wechselkurses lohnte, in der Landwirtschaft arbeiten konnten.

Im Leipziger Stadtrat kam die *Vorlage „Auswirkungen von Dauerarbeitslosigkeit und Maßnahmen"*[86] am 16. März 1994 zur Abstimmung. Namentlich stimmten 67 Stadträte mit Ja, 26 mit Nein und 5 enthielten sich. Nicht alle aus der SPD stimmten mit Ja, nicht alle Bündnisgrünen Nein. Die Erpressung mit Streichung der Sozialhilfe war beschlossen. Nach einer dreimonatigen Probezeit sollten die Zugewiesenen im *„bfb"* ein Jahr mit Vertrag untertariflich arbeiten, hernach bestehe fünf Monate Anspruch auf Arbeitslosengeld und dann auf -hilfe. Bis Ende 1996 stieg die Zahl der beschäftigten Sozialhilfeempfänger auf 1.300, jeder dritte Zugewiesene wollte sich nicht mit dem Zwang abfinden.[87] 1997 wurden 2.573 zugewiesen[88], 1998 schon 3.875.

> *„Beim größten Arbeitgeber Leipzigs sind derzeit rund 3.500 Menschen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt, zudem 2.000 Sozialhilfeempfänger sowie 500 ehemalige Arbeitslose, die ein Grundgehalt von der Stadt und einen Lohnkostenzuschuss vom Arbeitsamt bekommen"*[89],

berichtete die LVZ im Februar 1999. Von Hermanni erklärte:

> *„Im letzten Jahr hat die Kommune einen Arbeitsplatz beim bfb mit 3.200 DM subventioniert. Und wenn ich jetzt mal vergleiche: Die Planstelle vom Affen im Leipziger Zoo wird mit 4.788 DM deutlich höher subventioniert. […] Wir haben letztes Jahr 2.000 Menschen zusätzlich beschäftigt, dafür bekam der bfb eine Summe von brutto 3,4 Millionen DM. Das entspricht, wie man aus den Medien erfuhr, der Nettoabfindung von Frau Wohlfarth, deren Abgang als Vorsitzende der Leipziger Messegesellschaft mit zwei Millionen bezahlt wurde."*[90]

Freiburg ,1. Juni 1993, Punkt VI: *„Die Wiedereinführung von Gemeinschaftsarbeit für Arbeitslose ist verfassungsrechtlich unbedenklich, wenn sie auf zusätzliche Arbeiten beschränkt wird."*

[86] Vgl. Kloss, Oliver: „Zwangsarbeit in Leipzig. Erpressung zur Billigarbeit", in: express 2 (1994), S. 8 und in: direkte aktion. Nr. 103, 18. Jg., März/ April 1994, S. 4.

[87] Vgl. Müller, Thomas: „Arbeit für ein Jahr. Schon 2800 sind von der Sozialhilfe weg", in: LVZ vom 27. Dez. 1996.

[88] Vgl. Müller, Thomas: „Job statt Sozialhilfe - immer mehr machen mit", in: LVZ vom 7. Oktober 1997, S. 11.

[89] Sywottek, Christian: „Sozialhilfeempfänger sollen für ihr Geld auch etwas tun", in: LVZ vom 11. Februar 1999.

[90] Sturm, Daniel: Interview mit Matthias von Hermanni. „Der Affe im Zoo ist teurer", in: Kreuzer – Leipziger Stadtmagazin. Heft 2 (1999), S. 18.

Gewiss hebt die Arbeit im *„bfb"* Menschen aus der Sozialhilfe in die Bezüge vom Arbeitsamt und kann so im Einzelfall die finanzielle Lage verbessern.[91] Läge der Stadtverwaltung an diesem Angebot, bedürfte sie nicht der Erpressung. Der Haustarif darf als schlicht rechtswidrig gelten, da der *„bfb"* in der Struktur der Stadtverwaltung wie eine beliebige Abteilung des öffentlichen Dienstes gestellt ist; auch im Betriebsausschuss des *„bfb"* sitzen Stadträte. Bedroht werden durch den Haustarif reguläre Arbeitsplätze nicht nur im öffentlichen Dienst. Gefährdet werden jene Handwerksbetriebe, die nicht korporatistisch durch Ausbildungsverträge o. ä. am *„bfb"* beteiligt sind. Der Zwang und die Billig-Löhne verschaffen dem *„bfb"* als Konkurrenten zum privaten Sektor eine exklusive Position.[92] Außerdem bleibt das Wozu vieler körperlicher Arbeiten überaus fragwürdig und der *„bfb"* ist stets auf der Suche nach neuen Beschäftigungsfeldern für die zahlreichen Mitarbeiter.

Zeit lässt sich immer mit gedehnter Arbeit füllen, sagt der Humor des Parkinsonschen Gesetzes und wo Konkurrenz und Fristen nicht drängen, gilt das Gesetz. Die tendenzielle Monopolisierung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) des Arbeitsamtes im *„bfb"* bedroht auch die Vereine, freien Träger und Kulturprojekte, wo die Arbeit auch und nicht nur den Beschäftigten sinnvoll sein kann. Einzelne Vereine wurden in das Modell hinein-korrumpiert, indem sie nur noch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Mitarbeiter erhielten, wenn diese dem *„bfb"* unterstanden und gleichsam zur Beschäftigung delegiert worden waren.

Die Unterstützung der Landesregierung[93] war dem CDU-Mitglied Matthias von Hermanni gewiss, er missionierte unermüdlich[94]: *„Jede Woche schleusen wir zwei bis drei Besuchergruppen durch den Betrieb."*[95] Im Muldentalkreis und im Kreis Leipziger Land wurden ähnliche Projekte gegründet. Bundespolitisch sprach sich von Hermanni gegen Arbeit ohne Sozialbeitragspflicht wie die 630-DM-Jobs aus.

---

[91] Von den Bündnisgrünen werden unterschiedliche Haltungen zum bfb bezogen:
Annette Körner befürwortet das Vorgehen des „bfb", weil kein Protest von den Betroffenen ausgehe und fragt sich zugleich, was aus denjenigen werde, die den Zwang verweigern.
Vgl. Körner, Annette: „Beschäftigungsförderung in Leipzig. Arbeit statt Sozialhilfe", in: Alternative Kommunalpolitik [AKP]. Heft 2 (1998), S. 24 f. –
Entgegnung dazu von Künkler, Martin: „Arbeitszwang für Sozialhilfeberechtigte. Die Würde des (armen) Menschen ist angreifbar", in: AKP. Heft 3 (1998), S. 8 f.
Vgl. Müller, Thomas: „Grüne fordern stärkere Kontrolle des bfb", in: LVZ vom 28. Mai 1999.

[92] Vgl. Handwerk fürchtet unfaire Konkurrenz, in: handwerk magazin. Heft 6 (1998), S. 36–38.

[93] Vgl. Stüting, Manfred G.: „Aufgaben für Langzeitarbeitslose. Freistaat will Leuten ohne Job mit neuem Pilotprojekt wieder sinnvolle Tätigkeit verschaffen", in: LVZ vom 23. April 1999, S. 4.

[94] Vgl. Müller, Thomas: „Leipzigs Beschäftigungsbetrieb sorgt für Aufsehen/ ... Bonner SPD-Fraktionsvize Schreiner", in: Leipziger Volkszeitung (LVZ) vom 13. März 1998.

[95] Sywottek, Christian: „Sozialhilfeempfänger sollen für ihr Geld auch etwas tun", in: LVZ vom 11. Februar 1999.

Seine Vision von der *„Arbeitspflicht für alle Arbeitsfähigen"* wurde von der Hoffnung auf die Krise genährt: *„Die nächste wirtschaftliche Rezession wird uns in Deutschland zum Handeln zwingen."*[96] Besonders geehrt fühlte sich M. v. Hermanni durch die empfehlende Erwähnung des *„bfb"* in der Haushaltsrede von Bundeskanzler Helmut Kohl.

1999 erhielt der *„bfb"* Aufträge der Stadt in Höhe von 11 Millionen DM sowie einen Zuschuss von 60 Millionen. Ein von der stadteigenen Beratungsgesellschaft BBVL im Januar 1997 erstelltes Prüfungspapier wurde unter Verschluss gehalten.

> *„So monierten die Prüfer ‚undurchsichtige Kalkulationen' sowie Übernahme neuer Aufgaben und Erwerb von Unternehmensbeteiligungen, ohne dass der Stadtrat informiert wurde. Auf Unverständnis stieß auch, dass der bfb mittlerweile nicht nur das Monopol am zweiten Arbeitsmarkt der Stadt habe, sondern auch die Mittelvergabe an andere Beschäftigungsgesellschaften beeinflusse – ‚ein unhaltbarer Zustand'."*[97]

Über zwei Jahre lief ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen den wegen Betrugs- und Untreueverdachts suspendierten Gründer des *„bfb"*. Nach dessen Verhaftung wurden *„bfb"*-Mitarbeiter während der Arbeitszeit zur Protestaktion am 29. November 1999 vor das Landgericht geschickt. Nur etwa 400 (von 5.500 rund 7%) der Beschäftigten erschienen. Mit betriebseigenen Bussen, Lastkraftwagen und Baggern wurde über eine Stunde der Verkehr in der Innenstadt blockiert. Der Staatsschutz ermittelte wegen Nötigung der Staatsanwaltschaft gegen *„bfb"*-Mitarbeiter.[98]

Als einzige vom *„bfb"* unabhängige demokratische Instanz erwies sich in Leipzig die Justiz. An die Stelle des Leiters traten im *„bfb"* zwei Nachfolger, was bisher an der Funktionsweise nichts verändert hat. Eine politische Diskussion, inwiefern die durch das korporatistische Politikmodell des einstigen OBM Lehmann-Grube gewährten Möglichkeiten die Straftaten erst ermöglicht haben könnten, wird bisher nicht geführt. Kritische Informationen über den *„bfb"* gelangen nur in Gestalt einzelner Skandale in die Medien.[99]

---

[96] Ebenda.

[97] Wassermann, Andreas: „Spontaner Aufruhr", in: Der Spiegel. Nr. 50, 13. Dezember 1999, S. 56.

[98] Milde, Ulrich/ Dunte, Andreas: „Staatsschutz ermittelt wegen Nötigung gegen bfb-Mitarbeiter", in: LVZ vom 29. Februar 2000.

[99] Vgl. z. B.: Dunte, Andreas: „bfb kontrolliert Telefone – wer hat Kontakt zur Presse?", in: LVZ vom 17. Januar 2001, S. 7.

8. Nur die Macht der Arbeit macht von Arbeit frei

Es ist Unternehmern nicht moralisch zu verübeln, dass sie den Preis der Arbeit zu senken erstreben. Kein Unternehmer *„schafft Arbeitsplätze"*, sondern er kauft Arbeit, sofern ihn eine Profiterwartung lockt oder ihn ein dahingehender Irrtum narrt. Der Wettbewerb unter ökonomischen Konkurrenten erfordert Kostenersparnis. Der Preis für Arbeit ist aus Perspektive der Unternehmer daher verständlicherweise stets zu teuer.

Von Unternehmen kann daher nicht erwartet werden, dass sie sich für die Aufrechterhaltung der Funktionsbedingungen des Kapitalismus engagieren, selbst wenn sie um die Tatsache wissen, dass ohne Lohnsteigerungen kapitalistisches Wachstum nicht möglich ist.

Der ökonomische Sinn der Flächentarifverträge besteht gerade darin, dass im jeweiligen Sektor unrentable Unternehmen im Spiel der Konkurrenz auch verlieren dürfen. Wer sich die Arbeit der anderen nicht mehr leisten kann, muss im schlechtesten Falle versuchen, die seine zu verkaufen. Technologische Innovation kann anders nicht stimuliert werden – d. h. anders kann das Quantum an Arbeit in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht weiter verringert bzw. Freizeit und allgemeiner Wohlstand nicht weiter gesteigert werden. Gerade in dieser Möglichkeit, das Otium der Edlen für alle zu erkämpfen, liegt der unschätzbare Vorteil marktförmiger Wirtschaft.

Konservativen bedeuteten Demokratie und Individualismus sowie die daraus erwachsende Chancengleichheit stets die Gefährdung ihrer Positionen. Der Neoliberalismus verweist in die Sphären des Glaubens an das *„Dogma der Arbeit und der Enthaltsamkeit"*, zielt auf die Entwertung des Faktors Arbeit. Wie einst die Machthaber im Realsozialismus ihre Interessen hinter *„historischen Notwendigkeiten"* zu verbergen suchten, so dienen heute die *„Sachzwang"*-Behauptungen zur Tarnung eines politischen Willens. In letzterer Konsequenz untergräbt der Neoliberalismus die kapitalistischen Errungenschaften: die Demokratie und den Wohlfahrtsstaat.

Auch wenn sich heute die Künder der *„Zweiten Moderne"* oder die *„Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen"* der Frage nach der Zukunft der Arbeit annehmen, fällt vor allem auf, wie unökonomisch sie sich eines politökonomischen Problems zu bemächtigen verstehen.

Mit hohem Aufwand werden Anspruchslosigkeit und Arbeitsmoral angepriesen, wird die Frage nach dem Sinn von abhängiger Arbeit umgangen. [100]

Der Soziologe Ulrich Beck wirkt an beiden Projekten aktiv mit. Trefflich bemerkt er am Anfang eines seiner zahlreichen Artikel zu diesem Thema:

> *„Die Deutschen sind zu fleißig. In Deutschland nahm das Bruttoinlandprodukt in den letzten 20 Jahren um zwei Drittel zu; zugleich sank das Arbeitsvolumen (gemessen an bezahlter Arbeitszeit pro Beschäftigten) um rund ein Fünftel. Wir arbeiten uns selbst überflüssig. […] Wiederum auf Deutschland bezogen: Die Einkommen aus bezahlter Arbeit sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten um real zwei Prozent kaum gewachsen, während im selben Zeitraum die Einkommen aus Kapital um 59 Prozent sozusagen Flügel bekommen haben."*[101]

Aus solchem Wissen heraus müsste sich Arbeit als ein einfaches Verteilungsproblem begreifen lassen. Ulrich Beck entdeckt hingegen ein neues *„Entwicklungsgesetz einer schrumpfenden Erwerbsarbeitsgesellschaft mit dramatisch zunehmenden sozialen Ungleichheiten"*[102]*.* Er räsoniert, dass Deutsche ein schlechtes Gewissen hätten, sich die Schuhe putzen zu lassen, und erkennt doch:

> *„Im übrigen wird selbst, wenn alle Arbeitslosen sich als Schuhputzer verdingen, nicht das Gesetz steigender Produktivität bei schrumpfender Arbeit außer Kraft gesetzt"*[103]*.*

Sich der nächstliegenden Schlussfolgerung wacker verschließend, hebt Beck in Theorien sozialkulturellen Wandels ab, so meine Individualisierung nicht Selbstverwirklichung etc. Da sich Beck Arbeitslose ohne leidvolle Langeweile offenbar nicht vorstellen kann, rät der Soziologe zum Ehrenamt und zur Politik:

> *„Was die Attraktivität von Alternativen zur Erwerbsarbeit betrifft, so wird dies zweifellos zur Schlüsselfrage einer Politik gegen die Arbeitslosigkeit, die den Denkkäfig der Vollbeschäftigungspolitik verläßt."*[104]

Damit verrät er die Bedingung seines vermeintlich universal gültigen *„Entwicklungsgesetzes einer schrumpfenden Erwerbsarbeitsgesellschaft mit dramatisch zunehmenden sozialen Ungleichheiten".*

---

[100] Vgl. Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage. Bonn 1997, bes. S. 67 ff., Kap. Belastung der Wirtschaft vermindern; S. 110 ff., Kap. Arbeitskosten senken.

[101] Beck, Ulrich: „Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft", in: Kulturchronik. Heft 2 (1997), Hrsg. Inter Nationes e.V., Bonn, S. 49–51, S. 49.

[102] Ebenda.

[103] Ebenda.

[104] Ebenda, S. 51.

Die Bedingung heißt: Abkehr vom keynesianischen Vollbeschäftigungsziel, also Schwächung der Gewerkschaften im Kampf um Arbeitszeitverkürzung.

In Becks Werk von 1999 findet der Gegner der Vollbeschäftigungspolitik folgerichtig das Ideal der *„Risikogesellschaft"* in den Ländern *„der sogenannten ‚Vormoderne' "*[105] verwirklicht. Der Weg aus der Moderne des wohlfahrtstaatlichen Kapitalismus wird in die Zustände der Vormoderne gewiesen. Das ist weder originell noch neu. Dass sich hinter der Propaganda für die *„Zweite Moderne"* nicht mehr verbirgt als der Wunsch nach Vormoderne, mag gut nicht sein, doch gut zu wissen.

Ulrich Beck lehrt: *„Die ungewollte Folge der neoliberalen Utopie des freien Marktes ist die Brasilianisierung des Westens".* Weshalb diese Folge ungewollt sein sollte, bleibt bei Beck so unklar wie Ziel und Sinn neoliberaler Utopie[106], wenn die Folgen tatsächlich ungewollt wären. *„Brasilianisierung"* bedeutet für Beck, dass immer mehr Menschen ohne sozialen Schutz, als Scheinselbständige oder als Schwarz-Arbeiter tätig sind, dass oft mehrere Jobs zum Überleben notwendig sind und dass Gewerkschaften nichts mehr zu sagen haben. Darin – so meint Beck – lägen Chancen, die nur zur *„Tätigkeitsgesellschaft"* gestaltet werden müssten. Der Wille zur Not für die Vielen lässt sich dergestalt „schön-gedacht" als ein risikofreudiges und schöpferisches Projekt feiern, solang die risikoscheue Sinn-Frage „Wozu und zu wessen Gunsten eigentlich?" nicht störend aufkommt. – Wenngleich Becks Texte eher vom Mut zur Abstrusität als von kritischem Erkenntnisinteresse geleitet scheinen, entlarven sie doch unwillentlich sehr deutlich die Alternative zur Strategie der Arbeitszeitverkürzung.

Je höher die Arbeitslosigkeit steigt, um so geringer wird die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung zu erstreiten. Die Forderung nach annähernder Vollbeschäftigung ist kein *„Denkkäfig"* im Dienste der Arbeitsmoral, sondern die Bedingung der Möglichkeit, den Preis für Arbeit zu heben, d. h. Arbeitszeitverkürzungen und Lohnsteigerungen zu erreichen.

Vollbeschäftigung ist taktisch unaufgebbar, soll das Quantum der Arbeit für alle verringert, sollen die Einkommen der Einzelnen erhöht werden und die Kaufkraft nivelliert werden können. Erwerbsarbeit und Einkommen bleiben die umkämpften Verteilungsprobleme.

---

[105] Vgl. Beck, Ulrich: Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft. Campus, Frankfurt a. M./ New York, 1999.

[106] Vgl. Bergmann, Joachim: „Die negative Utopie des Neoliberalismus oder die Rendite muß stimmen. Der Bericht der bayrisch-sächsischen Zukunftskommission", in: Leviathan. Heft 4 (1998), S. 319–340; bzw. in: Hirsch-Kreinsen, Hartmut/ Wolf, Harald (Hrsg.): Arbeit, Gesellschaft, Kritik – Orientierungen wider den Zeitgeist. Edition Sigma, Berlin 1998.

Die in Großbritannien und Deutschland inzwischen populäre New-Labour-Ideologie sozialdemokratischer *„neuer Mitte"* schmiegt sich geschmeidig in den Strom neoliberalen Denkens und stellt den größten Überzeugungserfolg der Konservativen im Bereich ihrer Gegner dar.

Auch die konflikt-scheue New-Labour-Ideologie versagt es sich, Unternehmen unter Kostendruck zu setzen. Solange nur *„mehr Arbeit"* gefordert wird, ist der Bannkreis des Neoliberalismus nicht durchbrochen, denn Projekte wie jenes in Leipzig sind möglich.

Immerhin steht im Grundsatzprogramm der SPD:

> *„Der gesellschaftliche Reichtum, den wir durch die Entfaltung der Produktivkräfte erreicht haben, ermöglicht drastische Verkürzungen der Erwerbsarbeitszeit und erweitert die Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Damit können alte sozialdemokratische Ziele Wirklichkeit werden".*

Prokapitalistische Ziele wie

> *„allgemeiner Wohlstand und soziale Sicherheit", „gerechte Verteilung der Arbeits- und Lebenschancen", „mehr Zeit für Familien- und Privatleben, für Muße und Gemeinschaftsarbeit"* sowie *„schöpferische Aktivität und Teilhabe am kulturellen Leben"*

werden seitens der SPD aufgegeben, wenn sie sich der antikapitalistischen Ideologie des Neoliberalismus unterwirft.

Wer statt staatlicher Maßnahmen zur Vollbeschäftigung, die Kostendruck auf Unternehmen erzeugten, zu Maßnahmen greift, die Druck auf Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger ausüben, sollte wenigstens die Redlichkeit besitzen, diese nicht als Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit auszugeben.

Nur ein konsequenter Reformismus als *„permanente liberale Revolution"*[107], der auf die Stärkung der Individuen zielt und den Kapitalismus und dessen Errungenschaften verteidigt, kann neoliberaler Strategie zuwider laufen.

Der neoliberale Angriff auf den kapitalistischen Wohlfahrtsstaat beruft sich auf die Selbstverantwortung der Einzelnen nur, um zunehmende soziale Ungleichheit und damit Abhängigkeit zu rechtfertigen. Hingegen verringern die für alle erlangten Rechte die individuellen Abhängigkeiten und erweitern damit das Möglichkeitsspektrum selbstverantworteter Entscheidungen.

---

[107] Flores d`Arcais, Paolo: Die Linke und das Individuum. Ein politisches Pamphlet, Wagenbach, Berlin 1997, S. 58.

Bürgerrechtsbewegungen gewinnen dann Bedeutung, wenn der Wahlbürger Politik als etwas Äußerliches erlebt, wenn er spürt, dass *„Mehrheit und Opposition in einer Dämmerung, in der alle Katzen grau sind, einander immer ähnlicher werden und ihm seine Macht zu wählen und zu kontrollieren entziehen"*[108].

Als die Arbeitslosenbewegung in Frankreich das *„Dogma der Arbeit"* aufgab und redlich für mehr Geld kämpfte, war sie erfolgreich. In Frankreich wurden Arbeitszeitverkürzungen durchgesetzt.

Die Zukunft bietet die Alternativen, wieder hinter den bewussten Fortschritt kapitalistischer Gesellschaft zurückzufallen oder auf dessen Grundlage machtvoll das Otium der Edlen für alle zu erkämpfen.

---

[108] Ebenda, S. 41.

Medienliste

Kloss, Oliver: Macht Arbeit frei? Ein Versuch über den Wert der Erwerbsarbeit. In: Bernd Gehrke/ Wolfgang Rüddenklau (Hrsg.): Das war doch nicht unsere Alternative. Westfälisches Dampfboot, Münster, 1999, S. 362–383. [Veröffentlichung der Erstfassung]

Im Internet: Otium e. V – Initiative zur Rehabilitierung von Muße und Müßiggang, Bremen
http://www.otium-bremen.de/texte/kloss.pdf (seit Anfang 2001 bis heute)
trend online Zeitung. 07/ 08 (2001), trend c/o Anti-Quariat Oranienstr. 45, D-10969 Berlin
http://www.infopartisan.net/trend/trd7801/t447801.html (seit Juli 2001 bis heute)
GRIN Verlag, Seminararbeit bei Dr. Georg Quaas, 2001, ISBN (E-Book) 978-3-640-74411-4:
http://dx.doi.org/10.3239/9783640744114

Titelbild: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Macht_Arbeit_Frei%3F3.JPG
Das Bild der Skulptur „Macht Arbeit frei?" des Künstlers Yigal Tumarkin aus dem Abu Nabut Park in Tel Aviv-Yaffo ist über Wikimedia Commons zu erreichen.

◆

Altendorf, Wolfgang: „35-Stunden-Woche. Bereits in der Antike ein alter Hut", in: Das Parlament. Nr. 13, 20. März 1992, S. 21.

Beck, Ulrich: Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft. Campus, Frankfurt a. M./ New York, 1999.

Beck, Ulrich: „Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft", in: Kulturchronik. Heft 2 (1997), Hrsg. Inter Nationes e.V., Bonn, S. 49–51.

Bergmann, Joachim: „Die negative Utopie des Neoliberalismus oder die Rendite muß stimmen. Der Bericht der bayrisch-sächsischen Zukunftskommission", in: Leviathan. Heft 4 (1998), S. 319–340 bzw. in: Hirsch-Kreinsen, Hartmut/ Wolf, Harald (Hrsg.): Arbeit, Gesellschaft, Kritik – Orientierungen wider den Zeitgeist. Edition Sigma, Berlin, 1998.

Bernstein, Eduard: „Die neueste Prognose der socialen Revolution", in: Socialistische Monatshefte. Internationale Revue des Socialismus, Hrsg. J. Bloch, Berlin, VI. Jahrgang, No. 8, August 1902, S. 584–598.

Bolschaja Sowjetskaja Enzyklopädia [Große Sowjetische Enzyklopädie]. 2. Aufl., o. J. , Bd. 34.

Borchert, Jens: Die konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates: Großbritannien, Kanada, die USA und Deutschland im Vergleich. Campus, Frankfurt am Main/ New York, 1995.

Bourdieu, Pierre: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion. UVK-Verlag, Konstanz, 1998.

Brachthäuser, Uli: „(Zwangs-) Arbeit für Leipzig", in: quer 11 (1993), Frankfurt a. M., S. 6–8 und in: express 11 (1993), Offenbach, S. 9.

Brachthäuser, Uli: „Leipzig ´94: 1000 kriegen Billig-Jobs, 2000 verlieren ihre reguläre Arbeit", in: quer 12 (1993), S. 8.

Courtois, Stéphane/ Werth, Nicolas/ Panne, Jean-Louis/ Paczkowski, Andrzey/ Bartosek, Karel/ Margolin, Jean-Louis: Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Piper, München/ Zürich [Le livre noir du communisme. Editions Robert Laffont, Paris, 1997] 1998.

Crozier, Michel/ Huntington, Samuel P./ Watanuki, Joji: The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission, New York University Press, New York, 1975.

Domarus, Max (Hrsg.): Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. 1, Süddeutscher Verlag, München, Neuauflage 1965 [Erstauflage erschien 1962/ 63 in Würzburg im Selbstverlag].

Dunte, Andreas: „bfb kontrolliert Telefone – wer hat Kontakt zur Presse?", in: Leipziger Volkszeitung vom 17. Januar 2001, S. 7.

Elsenhans, Hartmut: „Lohnerhöhungen. Wachstumschance für den Kapitalismus. Eine Kritik am Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate“, in: Forum DS. Zeitschrift für Theorie und Praxis des demokratischen Sozialismus. 1. Jg., Heft 2 (1976), S. 78–133.

Elsenhans, Hartmut: Grundlagen der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft. In: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik. Suhrkamp, Frankfurt a. M., 1. Aufl. 1979, S. 103–148.

Elsenhans, Hartmut: Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt. Frankfurt am Main, Campus, 1981 bzw.
ders.: State, Class and Development. New Delhi/ London, Radiant Publ., 1996.

Elsenhans, Hartmut: „Rising Mass Incomes as a Condition of Capitalist Growth: Implications for the World Economy“, in: International Organization, 37, 1 (Winter 1983), p. 1–38.

Elsenhans, Hartmut: „Kapitalismus und Massenkonsum – Eine Kritik der Marxschen politischen Ökonomie“, in: COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung, Universitätsverlag, 2. Jg., Heft 2 (1992), S. 7–29.

Elsenhans, Hartmut: „Durch Standortsicherung zur Weltwirtschaftskrise“, in: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 82 (1995), S. 22–27.

Elsenhans, Hartmut: „Das Gespenst der Globalisierung“, in: Jahrbuch Arbeit und Technik, Bonn 1996, S. 25–36.

Elsenhans, Hartmut: „Konzepte und Chancen nationaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Zeitalter der Globalisierung“, in: Jahrbuch Arbeit und Technik, Bonn 1997, S. 147–158.

Elsenhans, Hartmut: „Aufstieg und Niedergang des realen Sozialismus. Einige politökonomische Anmerkungen“, in: COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung, Universitätsverlag Leipzig, Heft 1 (1998), S. 122-132.

Elsenhans, Hartmut: Das Internationale System zwischen Zivilgesellschaft und Rente. Münster, LIT, 2001.

Eschmann, Ernst Wilhelm: Der faschistische Staat in Italien. Ferdinand Hirt, Breslau, 2. Aufl. 1933.

Flores d`Arcais, Paolo: Die Linke und das Individuum. Ein politisches Pamphlet. Wagenbach, Berlin, 1997.

Furet, François: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert. Piper, München/ Zürich, 1996.

Goldschmidt, Alfons: „Der Weg“, in: Das Ziel. Jahrbücher für geistige Politik, hrsg. von Kurt Hiller, Jahrbuch III, Kurt Wolff Verlag, Leipzig, 1. Halbband 1919, S. 84–89.

Gossen, Hermann Heinrich: Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fliessenden Regeln für menschliches Handeln, Braunschweig, 1854.

Grossmann, Henryk: Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems. (Zugleich eine Krisentheorie). Schriften des Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt am Main; Bd. 1, Hrsg. Carl Grünberg, C. L. Hirschfeld, Leipzig, 1929.

handwerk magazin. Heft 6 (1998).

Hofmann, Werner: Theorie der Wirtschaftsentwicklung vom Merkantilismus bis zur Gegenwart (Sozialökonomische Studientexte, Bd. 3), Duncker & Humblot, Berlin, 1966.

Horkheimer, Max: Gesammelte Schriften. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1988.

Horkheimer, Max [Pseudonym: Regius, Heinrich]: Dämmerung. Notizen in Deutschland, Oprecht & Helbling, Zürich, 1934.

Keynes, John Maynard: „Proposals for a Revenue Tariff“, in: New Statesman and Nation, 7. 3. 1931, S. 53, deutsch in: Werner Hofmann: Theorie der Wirtschaftsentwicklung vom Merkantilismus bis zur Gegenwart (Sozialökonomische Studientexte, Bd. 3), Duncker & Humblot, Berlin, 1966, S. 210.

Keynes, John Maynard: „Economic Possibilities for our Grandchildren“ [1930], in: ders.: Collected Writings, Bd. 9, London-Basingstoke 1972, S. 321–332; oder in: ders.: Essays in Persuasion, London 1933, S. 358–378.

Keynes, John Maynard: The Long-term Problem of Full Employment. [1943] In: ders.: Collected Writings, Bd. 27, London-Basingstoke 1980, S. 320-325; deutsch unter dem Titel: Das langfristige Problem der Vollbeschäftigung, in: Karl Georg Zinn: Jenseits der Markt-Mythen. VSA-Verlag, Hamburg 1997, S. 153–156.

Keynes, John Maynard: „Das langfristige Problem der Vollbeschäftigung“, in: Zinn, Karl Georg: Jenseits der Markt-Mythen. VSA-Verlag, Hamburg 1997, S. 155.

Kloss, Oliver: „Zwangsarbeit in Leipzig. Erpressung zur Billigarbeit“, in: express 2 (1994), S. 8 und in: direkte aktion. Nr. 103, 18. Jg., März/ April 1994, S. 4.

Koch, Michael/ Nuss, Sabine: „500 Sozialempfänger sollten arbeiten. Nur 5 kamen zum Teich-Entschlammen“, in: Bild Leipzig, 18. Oktober 1993, S. 10.

Körner, Annette: „Beschäftigungsförderung in Leipzig. Arbeit statt Sozialhilfe“, in: Alternative Kommunalpolitik (AKP). Heft 2 (1998), S. 24 f.

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. (Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage) Bonn, 1997.

Krugmann, Paul: Der Mythos vom Globalen Wirtschaftskrieg. Eine Abrechnung mit den Pop-Ökonomen. Campus, Frankfurt a. M., 1999.

Künkler, Martin: „Arbeitszwang für Sozialhilfeberechtigte. Die Würde des (armen) Menschen ist angreifbar“, in: Alternative Kommunalpolitik (AKP). Heft 3 (1998), S. 8 f.

Kunz, Frithjof u. a. (Autorenkollektiv): Lexikon des Arbeitsrechts der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). (Hrsg.: Dt. Akad. für Staats- u. Rechtswiss. „Walter Ulbricht“ Potsdam-Babelsberg) VEB Staatsverlag der DDR, Berlin (Ost), 1972.

Lachmann, Harald: „ABM-Stützpunkt in Leipzig bastelt sich eigenen Tarifvertrag. Größter Arbeitgeber will ÖTV-Verbund verlassen“, in: Leipziger Volkszeitung (LVZ) vom 17. Dezember 1996.

Lafargue, Paul: Das Recht auf Faulheit. Widerlegung des „Rechts auf Arbeit“ von 1848. In: Das Recht auf Faulheit und andere Satiren. Stattbuch, Berlin, 1991.

Lindenberger, Thomas: Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung. In: ders. (Hrsg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Böhlau, Köln/ Weimar/ Wien, 1999, S. 13–44.

Löwisch, Manfred: Wiedereinführung von Gemeinschaftsarbeiten für Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Gutachten, erstattet dem Bundesminister für Wirtschaft, Freiburg, 1. Juni 1993.

Marx, Karl: Der Bürgerkrieg in Frankreich. In: Marx-Engels-Werke (MEW), Dietz, Berlin (Ost), 1956-1989, Bd. 17.

Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Dietz, Berlin (Ost), 1986.

Marx, Karl: Kommunistisches Manifest. In: Marx, Karl/ Engels, Friedrich: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Dietz, Berlin (Ost), 1971.

Milde, Ulrich/ Dunte, Andreas: „Staatsschutz ermittelt wegen Nötigung gegen bfb-Mitarbeiter“, in: Leipziger Volkszeitung vom 29. Februar 2000.

Müller, Rainer: „Von einem, der herangezogen wurde, bei der Arbeit das Fürchten zu lernen. Ein Erfahrungsbericht zu ‚Arbeit ohne Lohn' in Leipzig“, in: quer, Heft 12, Frankfurt a. M. Dezember 1993, S. 7.

Müller, Rainer: „Zwangsarbeit. Bericht eines Leipziger Sozialhilfeempfängers“, in: telegraph. Heft 11 (1993), Berlin, S. 26 f.

Müller, Rainer: „Zwangsarbeit. Bericht eines Leipziger Sozialhilfeempfängers“, in: zeitlupe, 12 (1993), Leipzig, S. 7.

Müller, Rainer: „Arbeitszwang“, in: Neues Forum Bulletin 27, 25. Oktober 1993, S. 2 f.

Müller, Thomas: „Arbeit für ein Jahr. Schon 2800 sind von der Sozialhilfe weg“, in: Leipziger Volkszeitung vom 27. Dezember 1996.

Müller, Thomas: „Job statt Sozialhilfe - immer mehr machen mit“, in: LVZ, 7. Oktober 1997, S. 11.

Müller, Thomas: „Grüne fordern stärkere Kontrolle des bfb“, in: LVZ vom 28. Mai 1999.

Müller, Thomas: „Leipzigs Beschäftigungsbetrieb sorgt für Aufsehen/... Bonner SPD-Fraktionsvize Schreiner“, in: Leipziger Volkszeitung vom 13. März 1998.

Neues Forum Bulletin. Nr. 27, Berlin, 25. Oktober 1993.
Nietzsche, Friedrich: Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden. Hrsg. Giorgio Colli/ Mazzino Montinari, dtv/ de Gruyter, München/ Berlin/ New York, 1988 [KSA – Aus Texten Nietzsches werden sowohl die Schreibweise aus der Zeit vor der zweiten deutschen Rechtschreibreform von 1901 wie eventuelle Hervorhebungen in die Zitate übernommen.]
Noll, Balduin: Zeitalter der Feste. Nietzsches Idee einer Weltkultur der Zukunft. Bouvier, Bonn, 1947.
Nuss, Sabine: „Sozialhilfe: Leipzig legt Bonn aufs Kreuz", in: Bild Leipzig vom 29. Oktober 1993, S. 3.

Pollard, Sidney: „Keynesianismus und Wirtschaftspolitik seit der Großen Depression", in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaft, 10. Jg., Heft 2 (1984), Göttingen, S. 185–210.

Regius, Heinrich [Pseudonym von Max Horkheimer]: Dämmerung. Notizen in Deutschland, Oprecht & Helbling, Zürich, 1934.
Rilla, Walther: „Der Irrtum Lenin´s", in: Das Ziel. Jahrbücher für geistige Politik, hrsg. von Kurt Hiller, Jahrbuch III, Kurt Wolff Verlag Leipzig, 1. Halbband 1919, S. 63–69.
Russell, Bertrand: Lob des Müßiggangs. Zsolnay, Wien/ Hamburg, 1957.

Schulthess` Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge 49 (1933).
Schulz, Christian: „Dunkle Wolken am Boomtown-Himmel", in: Kreuzer. Leipziger Stadtmagazin, Heft 2 (1994), S. 16.
Steffen, Johannes: Sozialabbau – Das Bonner Spar-Paket für 1994, Bremen, 1993.
Steffen, Johannes: „Fatale Billig-Lohn-Ökonomie – Wer die Sozialhilfe kürzt, hat die Löhne im Visier", in: Soziale Sicherheit 10 (1994), S. 372–379.
Sträuli, Robert: „Wie teuer waren die Pyramiden?", in: Museion 2000. Spezial I (1996), Zürich, ABZ, S. 6–15.
Stüting, Manfred G.: „Aufgaben für Langzeitarbeitslose. Freistaat will Leuten ohne Job mit neuem Pilotprojekt wieder sinnvolle Tätigkeit verschaffen", in: Leipziger Volkszeitung (LVZ) vom 23. April 1999, S. 4.
Sturm, Daniel: Interview mit Matthias von Hermanni. „Der Affe im Zoo ist teurer", in: Kreuzer. Leipziger Stadtmagazin, Heft 2 (1999), S. 18.
Sywottek, Christian: „Sozialhilfeempfänger sollen für ihr Geld auch etwas tun", in: LVZ vom 11. Februar 1999.

Teske, Alexander: „Zwangsarbeit mit Zähl-Appell", in: Leipziger Morgenpost vom 20. Oktober 1993.

Verfassung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. (UdSSR) o. J.
Veyne, Paul: Brot und Spiele. Gesellschaftliche Macht und politische Herrschaft in der Antike. dtv. München, 1994.
Voltaire: Abbé Beichtkind Cartesianer. Philosophisches Wörterbuch, Reclam, Leipzig, 1984.

Wagner, Wolfgang: „Sozialhilfeempfänger sollen für Bonner Kürzungspläne büßen. Leipzig plant, gemeinnützige Arbeit auszuweiten", in: Frankfurter Rundschau, Nr. 241, 16. Okt. 1993, S. 1.
Wassermann, Andreas: „Spontaner Aufruhr", in: Der Spiegel. 50, 13. Dezember 1999, S. 56.
Whitney, Craig R.: Advocatus Diaboli. Wolfgang Vogel – Anwalt zwischen Ost und West. Siedler, Berlin, 1993.
Wittfogel, Karl August: Die Orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht. Kiepenheuer & Witsch, Berlin/ Köln, [Erstauflage in den USA 1957] 1962.
Witzel, Holger: „Stadt macht Druck: Gemeinnützige Arbeit oder Sozialhilfe weg. 500 Betroffene sollen ABM-Kräfte ersetzen", in: Leipziger Volkszeitung (LVZ) vom 17. September 1993.
Witzel, Holger: „Der Sozialhilfestreit. Arbeit oder Stütze", in: Leipziger Volkszeitung (LVZ) vom 23./ 24. Oktober 1993, S. 14.

Witzel, Holger: „Arbeit für ein Jahr: Stadt nimmt tausend Sozialhilfeempfänger. Nach Streit um ‚Zwangsarbeit' jetzt Arbeitsverträge", in: LVZ vom 29. Oktober 1993, S. 17.
Witzel, Holger: „Arbeit macht Freude", in: LVZ vom 29. Oktober 1993, S. 17.
woche im bundestag (wib). 21 (1993), Bonn.

Zinn, Karl Georg: Arbeit, Konsum, Akkumulation. Versuch einer integralen Kapitalismusanalyse von Keynes und Marx. VSA-Verlag, Hamburg, 1986.
Zinn, Karl Georg: Die Wirtschaftskrise. Wachstum und Stagnation. Zum ökonomischen Grundproblem reifer Volkswirtschaften. BI-Taschenbuchverlag (Meyer Forum 29), Mannheim/ Leipzig/ Wien/ Zürich, 1994.
Zinn, Karl Georg: Jenseits der Markt-Mythen. VSA-Verlag, Hamburg, 1997.

Anhang: Eine erste Kritik kam am 16. Oktober 2001 von den Futuristen in der SPD
Sie bietet Anregung wie Widerspruch und sei abschließend gekürzt wiedergegeben:

Lieber Oliver Kloss,
[…] Von deinem klugen Papier zur Arbeit bin ich ganz begeistert, es ist das beste, was ich bisher zum Thema gelesen habe, und dies in verhältnismäßig knapper und gut verständlicher Form. Inhaltlich wertvoll und anregend in unserem Zusammenhang war für mich auch der Verweis auf Nietzsche und seine Verteidigung des Individuums; das scheint in unserem Futuristen-Papier zwar auch immer wieder auf, trifft offenbar einen sehr zentralen Punkt: Am gefährlichsten ist das Individuum, das „frei" handelt, gewünscht ist der konforme Massenmensch; genauso ist dies vielfältig bei Hannah Arendt beschrieben, die so in mancher Hinsicht ein „missing link" in deinem Text bildet. Im Anschluss an ihre Überlegungen könnte man, was du an mehreren Stellen „strategisch" nennst mit gutem Grund „politisch" nennen, und im einzelnen ließe sich daraus nicht weniger für uns entwickeln als die Wiederaneignung eines sozialdemokratischen Programms, was mir sehr am Herzen läge.
Was ebenso überzeugt in deinem Papier, ist die Darstellung historischer Kontinuitäten - etwa wie in totalitären Regimen Arbeit als Strafe fungierte und diese Funktion bis heute erhalten wird, was leider auch gerade eine Eigenart der Linken geblieben ist. In diesem Sinne kranken auch sämtliche Diskussionen zum Thema an einem unklaren Arbeitsbegriff, der einerseits die fast nicht zu entwirrende Ambivalenz des Themas mit sich führt, wie sie auch bei Marx erscheint, andererseits sehr deutlich zeigt, dass der Sieg des animal laborans, von dem Hannah Arendt spricht, nahezu vollkommen ist und wir kaum noch in der Lage sind, uns anders als durch „Arbeit" zu definieren und unserem Leben Würde zu verleihen.
Angesichts dessen vertrittst du einen wünschenswert klaren Arbeitsbegriff in ideologiekritischer Rücksicht: Arbeitsmoral als *„die zur Tugend gelogene Not der Arbeitenden"*.
Äußerst originell und zudem „strategisch" wertvoll die Interpretation des Neoliberalismus als antikapitalistischer Kraft. Damit hätten wir zwei Pole zusammenhängender Begriffe: auf der einen Seite Antikapitalismus, Arbeit, Konformität, Zwang, Erpressung, Lohndumping, Neoliberalismus. Auf der anderen Seite Kapitalismus, Individuum, Solidarität, Kreativität.
Es ginge darum, seine Arbeitskraft möglichst teuer zu verkaufen und damit Innovation, mithin die Steigerung der Produktivkräfte, durchaus zu stimulieren, es ginge darum (entgegen dem Trend) Tarifverträge und Gewerkschaften wieder zu stärken, statt absurde, sich volksgemeinschaftlich gerierende „Bündnisse für Arbeit" zu schließen.
In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob, jenseits der notwendigen und wünschenswerten Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, das für dich unabdingbare Ziel der Vollbeschäftigung, tatsächlich erreichbar und erstrebenswert erscheint. Unser Vorschlag ist ja ein anderer: Wir fordern ein solidarisches Bündnis von Arbeitslosen und Arbeitenden, in welchem stets die jeweils Arbeitenden ihre eigene (oder andere), wie auch immer motivierte Abwesenheit vom Arbeitsmarkt subventionieren. Dies wäre der Beginn des Reiches der Freiheit, von Emanzipation, von ungeahnten Möglichkeiten, von Faulheit auch als unbekannter Produktivkraft … […]
Mit besten Grüßen Sylvia Zeller (Futuristen in der SPD/ Berlin)